

Die „Vorwärts“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Preis pro Stück beträgt bei jeder Bestellung im Voraus durch die Post bezogen 10 Pfg., im Voraus zahlbar. Für Fortsetzung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland, Litauen, das Baltikum und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Danzberg M. 20.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die neuzeitliche Konparativgröße oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Literaturkosten. Kleine Anzeigen: Das letzte druckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Literaturkosten. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das letzte druckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Stinnes ist Trumpf!

Rechtssozialistische Klügelpolitik gegen die Arbeiter

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen kamen gestern abend kurz vor 8 Uhr zum Abschluss. Die Koalitionsparteien einigten sich auf folgendes Kabinett:

Otto Braun (Soz.) Ministerpräsident, Severing (Soz.) Inneres, Siering (Soz.) Handel, Voellig (D. N. P.) Unterricht, Dr. von Richter (D. N. P.) Finanzen, Dr. am Jahn (Zentr.) Justiz, Stegerwald (Zentr.) Landwirtschaft, Dr. Wendorf (Demokr.) Landwirtschaft, Stegerwald hat die Übernahme des Verkehrsministeriums noch nicht zugesagt.

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten wurden 278 Stimmzettel abgegeben; unbeschrieben waren 47, ungültig keine. Abgegeben wurden für Braun (Soz.) 197, für Winkler (Dt. Nat.) 63, Leib (USPD.) 23 Stimmen, Dejer (Demokr.) 3, Stegerwald, Roske und Stinnes je eine Stimme. Abgeordneter Braun ist somit zum Ministerpräsidenten gewählt.

Jene rechtssozialistischen Führer, die die Koalition mit der Volkspartei in Preußen zustande gebracht haben, haben ein bemerkenswertes Kunststück geleistet. Sie haben die demokratischen Führer, die Herren Koch und Peterfen, noch übertrumpfen und sie noch nachträglich rehabilitiert. Denn was für Demokraten, namentlich der deutschen Art, immerhin noch verständlich war, daß sie nämlich gegen den sozialistischen Einfluß Rückendeckung bei einer anderen bürgerlichen, noch reaktionärer Partei suchten, das ist für Arbeitervertreter schon eine Art Selbstverstümmelung. Und die rechtssozialistischen Führer haben das in einer Situation getan, in der aber auch nicht die geringste Notwendigkeit dafür vorhanden war. Der erste einstimmige Beschluß der rechtssozialistischen Landtagsfraktion, mit der Deutschen Volkspartei angesichts ihrer Haltung im Reich, angesichts des engen Bündnisses mit den Deutschnationalen, keine Koalition einzugehen, wurde sogar von den Demokraten und dem Zentrum als Selbstverständlichkeit betrachtet. Die Demokraten erklärten sich ausdrücklich bereit, in ein Ministerium mit Zentrum und Rechtssozialisten einzutreten. Die Landtagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie erklärte sich bereit, einer Regierung in der Durchführung der von ihr formulierten Mindestforderungen, die auch die Rechtssozialisten stets als die ihren bezeichnet hatten, keine Schwierigkeiten zu machen. Trotzdem gab es kein Halten. Die Koalition mit der Stinnes-Partei in Preußen ist verwirklicht.

Der „Vorwärts“, der natürlich weiß, daß diese Politik bei den rechtssozialistischen Arbeitern die schärfste Mißbilligung erfährt, bittet um gut Wetter. Man dürfe solche Politik nicht als Verrat oder als Verbrechen bezeichnen. Aber für diese Politik gilt, wenn je das Wort, sie ist schlimmer als ein Verbrechen, sie ist eine Dummheit.

Eine Dummheit war es schon, Herrn Severing mit den Verhandlungen mit den anderen Parteien zu betrauen. Denn von ihm war bekannt, daß er hartnäckig für die Koalition mit der Volkspartei eingetreten war. Ihn als Unterhändler zu bestimmen, mußte daher bei den bürgerlichen Parteien den Versuch geradezu provozieren, die Deutsche Volkspartei trotz des Beschlusses der rechtssozialistischen Fraktion in die Regierungsbildung einzubeziehen und diesen Beschluß als Klugheit zu betrachten. Der Erfolg hat ihnen recht gegeben, die halbe Fraktion und noch vier Mann fielen um und die bürgerlichen Parteien können triumphieren.

Herr Severing scheint sich einzubilden, daß es in der gesamten Politik kein anderes Problem gäbe als Einfluß auf die Schupo zu bekommen. Der kleine Mann steht hinter den breiten Rücken des preussischen Polizisten nicht hinaus, er sieht nicht, daß es eine Reichspolitik gibt, deren Grundlagen von Preußen her wieder unterhöhlt sind, er sieht nicht, daß es ein Finanzproblem gibt, dessen Entscheidung der gesamten Arbeiterklasse geradezu ans Leben geht. Wenn er nur Minister des Innern ist und die preussische Polizei reformieren kann, dann ist alles andere schon in Ordnung.

Leider beginnt die Sicherung der Republik und die Republikanisierung der Verwaltung damit, daß der glorreiche Taktiker ausgemachten Kappisten zur Regierungsmacht verhilft. Herr von Richter erhält das Finanzministerium, den der Minister Severing wegen seines kappistischen Verhaltens als Oberpräsident ablagern mußte. Bei Herrn von Campe haben die Rechtssozialisten noch in letzter Minute gemerkt, daß er ein Begünstigter des Kapp-Büchses gewesen ist und ihn deshalb als Unterrichtsminister abgelehnt. Dafür nehmen sie Herrn Voellig, der unlängst den preussischen Paradedemarsch als vornehmstes Unterrichtsministerium angepriesen hatte. Eine schärfere Satire läßt sich nicht schreiben. Aber weiß entschlossene Dummheit ist es, zu meinen, mit solchen erditterten Feinden der Demokratie die Republik führen zu können!

In Preußen sind also die Volksparteiler und noch dazu offenkundige Kappisten nun glücklich von den Rechts-

An das arbeitende Volk von Berlin!

Parteigenossen und Genossinnen!

Drei Jahre sind es jetzt, daß das wilhelminische Kaiserreich unter der Last seiner Verbrechen und Sünden zusammenbrach. Im Augenblick der durch die wahnsinnige Kriegspolitik heraufbeschworenen Katastrophe war es allein die Arbeiterklasse, die lähnt das Steuer der Regierung ergriff, um Volk und Reich vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren.

Alle Parteien und Klassen, die die Katastrophe verschuldet hatten, traten erschreckt in den Hintergrund. Ihre Führer verkrochen sich feige in sichere Verstecke oder flüchteten nach dem Auslande. Ihre maßgebenden Organe holten das kaiserliche Wappen herab, stellten sich auf den Boden der „gegebenen Tatsachen“ und nahmen die demokratische Republik als eine gottgewollte Fügung hin.

Auf den Trümmern, die das bankrotte Kaiserreich hinterlassen, hülte die Arbeiterklasse

das rote Banner der Revolution.

In fühnem Ansturm wurden die Mauern des Obrigkeitstaates fortgesetzt. Auf dem Boden der eroberten Demokratie sollte das Werk des Aufbaues des sozialistischen Staates in Angriff genommen werden.

Äußere und innere Schwierigkeiten hielten sehr bald den siegreichen Lauf der Revolution auf. Die schweren Bedingungen des Wassenstillstandes, die fortdauernde Blockade, die wirtschaftliche Zerrüttung hemmten jede tiefgreifende wirtschaftliche Umgestaltung. Der Mangel sozialistischer Schulung und fühner Initiative, die innere Zerrissenheit und der Bruderkampf in den Reihen des Proletariats taten ein übriges, um die führende Rolle der sozialistischen Parteien zu vernichten, den Militarismus in veränderter Form wieder in den Sattel zu heben und die Macht zum größten Teil wieder den kapitalistischen Parteien in die Hände zu spielen.

Heute, nach drei Jahren ununterbrochener Kämpfe, steht das deutsche Proletariat der

geschlossenen Front des Kapitals

gegenüber. Nationalismus und Monarchismus beherrschen den Geist breiter Schichten der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Das in wenigen Händen konzentrierte Industrie- und Bankkapital herrscht skrankenlos über das ausgebeutete, in Elend versinkende Proletariat, sabotiert die Aufgaben des zusammenbrechenden Staatshaushaltes und treibt Reich und Volk dem finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott entgegen.

Die Republik ist für die monarchistische Reaktion nur eine vorübergehende Erscheinung, die bei der ersten sich bietenden Gelegenheit fortgesetzt werden soll. Vorläufig nützt sie ihre vorherrschende Stellung in Regierung, Verwaltung, Justiz, Kirche und Schule, um unter der Hülle der Republik die Geschäfte der davongejagten Monarchen zu besorgen.

Dies ist die Situation am dritten Jahrestag der Revolution: Im Kampfe gegen die mächtig sich ausbreitende politische und wirtschaftliche Reaktion ist das Proletariat einzig und allein auf seine eigene Kraft angewiesen.

Nie hätte die Reaktion eine solche Stärke erreicht, wenn das Proletariat einzig und geschlossen seinen Widersachern gegenübergetreten wäre. Nie hätte das politische und wirtschaftliche Elend einen solchen Grad erreicht, wenn neben der proletarischen Geschlossenheit ein größeres Maß sozialistischer Erkenntnis des Klassenkampfes für die Politik der Arbeiterklasse maßgebend gewesen wäre.

Diese Mängel zu beseitigen, muß die Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterbewegung sein. Das Proletariat muß aus seinen Fehlern lernen. Getreu dem

sozialistischen in die Regierungsmacht eingeseht worden. Sie werden dafür sorgen, daß die Rechtssozialisten sich in der preussischen Regierung vergeblich abjappeln und gründlich kompromittieren werden. Nicht umsonst hat die Volkspartei die breite Koalition in Preußen gefordert. Im Gegensatz zum Reich braucht sie dort gar keine besondere Verantwortung zu übernehmen, sondern hat den reinen Gewinn, eine feste Position für die Reaktion erobert zu haben.

Aber noch mehr. Die Volkspartei hatte diese Forderung nur erhoben, weil sie gewußt hat, daß sie damit das verhasste Ministerium Wirth tot mandorliert. Die gesamte Presse stimmt darüber überein, daß die Bildung der breiten Koalition in Preußen unmittelbar die Lage im Reich beeinflussen werde. Amsonst, sagt das „Berliner Tageblatt“ hinzu, als die Landtagsfraktionen in ständiger Fühlung mit ihren Reichstagsfraktionen gestanden haben. Zu anderen

Andenken der gefallenen Kämpfer muß der 9. November ein Tag des Gedenks dafür sein, daß die deutsche Republik nicht eine Geldfaktorepublik bleibt, sondern sich zur freien sozialistischen Republik aller Schaffenden entwickelt.

Im Streben um dieses Ziel trennt uns kein Streit. Einig und geschlossen muß das ganze Arbeitsvolk am 9. November dafür demonstrieren. Rückwärts nimmer, vorwärts immer!

Es lebe die sozialistische Republik!
Es lebe der sozialistische Befreiungskampf des Proletariats!
Auf, zur machtvollen, würdigen Demonstration des 9. November!

Bezirksverband Berlin S. P. D.:
H. Häusler.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.:
H. Müller.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend:
Sabath.

U. S. Mitglieder Groß-Berlins!

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend hat am 20. Oktober d. J. in der Arbeiterpresse zum 9. November folgenden Aufruf erlassen:

Die beiden sozialistischen Parteien und die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend haben beschlossen, am 9. November, dem Jahrestag der Revolution, durch machtvolle Demonstrationen ihren Willen zur Fortführung der Revolution zu bekennen.

Zu diesem Zweck schließen die Betriebe um 2 Uhr mittags und marschieren geschlossen zu den Plätzen, die noch später, aber rechtzeitig, bekanntgegeben werden.

Die Vertreter-Versammlung, die von allen U. S. Verbänden besetzte höchste Körperschaft der örtlichen Zentrale des U. S. Bundes, empfiehlt allen U. S. Mitgliedern Groß-Berlins die Befolgung des obenstehenden Aufrufs und die Durchführung aller hierfür zu treffenden Maßnahmen, die seitens der Berliner Gewerkschaftskommission jetzt veröffentlicht werden.

U. S. Bund, Detachement Groß-Berlin.
Platau, Otto, Schifora.

Die Demonstrationen finden auf folgenden Plätzen statt:

- Neberwiese (Osten),
- Humboldthain (Norden),
- Wittenbergplatz (Westen),
- Kaiser-Friedrich-Platz (Sachsenheide), Neutölln, Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld,
- Oberschöneweide (Marktplatz), Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannistal,
- Cöpenick (Marktplatz), Cöpenick, Grünau, Friedrichshagen, Spandau (Neues Rathaus).

Um 2 Uhr nachmittags verlassen sämtliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte die Betriebe und begeben sich in geschlossenen Zügen zu den oben angegebenen Plätzen, so daß um 3½ Uhr der Aufzug erfolgt.

In 20minütiger Ansprache werden die Redner der Parteien und Gewerkschaften die Bedeutung des Tages würdigen. Beginn und Ende der Ansprache wird durch Trompetensignal bekanntgegeben. Um 3.50 Uhr hat die Demonstration ihr Ende erreicht, worauf sich die Züge auflösen oder geschlossen in ihre Wohnbezirke zurückmarschieren.

Besuche und die von der Arbeiterklasse als lebenswichtig anerkannten Betriebe werden nicht stillgelegt. Die Nachschichtarbeiter begeben sich von der Demonstration aus wieder zur Arbeit.

Ordnung für die Züge haben die Betriebe selbst zu stellen und für Anbinden zu sorgen.
Die Ordnung auf den Plätzen übernehmen die Parteien.

Worten: die Rechtssozialisten haben den Bundesgenossen der Deutschnationalen, den politischen Söldlingen des Stinnes, den Weg zur Macht auch im Reich geebnet. Und das in demselben Moment, in dem die Steuerfrage in den Mittelpunkt der Politik gerückt ist.

Gestern waren die Herren vom Reichsverband der Industrie besonnen. Sie haben erklärt, daß sie zwar endlich einen Teil ihrer verdammten Pflicht und Schuldigkeit tun wollen und, nachdem sie jahrelang keine Steuern gezahlt, aber sabelhafte Profite gemacht haben, dem Reiche nicht etwa ihr Geld, aber wenigstens ihren Kredit zur Verfügung stellen wollen. Aber die Herren machen ihre Bedingungen. Sie fordern — nach den günstigsten bisher vorliegenden Nachrichten —, daß Mißstände bei den Betriebsverwaltungen beseitigt und daß dabei die „begründeten und sachkundigen Kai-

Schläge der Industrie nicht wie bisher misachtet werden. Das heißt, die Herren wollen die Kreditaktion zu einem politischen Erpressungsversuch schlimmerer Sorte ausnützen. Man kennt ihre Katschläge. Sie wollen den Acht und den Tag beseitigen und die Eisenbahnen des Reichs der Ausbeutung des Privatkapitals überliefern. Sie wollen sich mit ihrem Geld politischen Macht kaufen und fordern Eintritt ihrer Leute in die Regierung. Und die rechtssozialistischen Führer helfen ihnen dazu, erkennen den Anspruch der Deutschen Volkspartei auf die Regierung an und liefern im Reich die Macht an die Beauftragten der Stinnes und Hugenberg aus! In Preußen wie im Reich ohne jede Not, ohne jeden Zwang! Sie haben nicht nur alle Lehren des Klassenkampfes vergessen, sie sind überhaupt unfähig, auch die offensichtlichen harten Realitäten der Tagespolitik zu erkennen. Die Deutsche Volkspartei läuft Sturm gegen die auswärtige Politik, die unter den gegenwärtigen Umständen die einzig mögliche ist. Sie wendet alle Mittel an, um die Erfassung der Goldwerte zu verhindern. Im Reich ist der erste Ansturm abgeschlagen worden trotz des Görlicher Beschlusses. Jetzt wiederholen die Rechtssozialisten die Görlicher Dummheit in verschlechterter Auflage und helfen der Deutschen Volkspartei wieder in dem für das Proletariat denkbar gefährlichsten Momente ihrer Politik mit besseren Aussichten als jemals zu verwickeln.

Aber damit ist die Dummheit noch immer nicht zu Ende. Schließlich müssen sich selbst die Rechtssozialisten sagen, daß sie in der Regierung nur soviel durchsetzen können, als der sozialen Kraft der gesamten Arbeiterklasse entspricht. Und nun tragen sie durch ihre entsetzliche Politik neuen Zwiespalt in die Arbeiterklasse und schwächen dadurch deren Kraft gerade in dem Moment, wo alles darauf ankommt, die gesamte Macht zusammenzufassen und in den Steuerfragen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu wahren. Statt mit der ganzen und geeinten Arbeiterklasse für die Erfassung der Goldwerte, für den schärfsten Widerstand gegen den Erpressungsversuch des Großkapitals zu kämpfen, verbünden sie sich mit der politischen Vertretung des Großkapitals in der lächerlichen Illusion, so leichter der Steuerprobleme Herr zu werden.

Wir sind sicher, daß diese Politik sehr rasch zusammenbrechen wird. Aber was die Führer verschulden, müssen die Massen büßen. Wir haben deshalb diese Politik in all ihren einzelnen Stadien bekämpft. Wir haben alles daran gesetzt, um angesichts der bevorstehenden großen und entscheidenden Kämpfe eine politische Linie zu verfolgen, auf der sich die gesamte Arbeiterklasse für ihre nächsten Aktionen einigen konnte. Die Rechtssozialisten haben diese Politik zerstückelt, haben die Ausschichten der Arbeiterklasse in diesen Kämpfen unendlich verschlechtert. Dafür tragen sie die Verantwortung, und unsere Aufgabe muß es sein, die Arbeitermassen aufzurufen gegen diese Politik!

Der Abschluß des Ruhhandels

Nach der Verfassung soll die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten geheim erfolgen. Dieser hat dann, wenn er gewählt ist, das Ministerium zu bilden, um es dem Parlament vorzutragen. Nach außen nimmt sich das alles recht hübsch aus, in Wirklichkeit ist die Wahl des Ministerpräsidenten mit einem Kulissenspiel verbunden, das für die Zuschauer teils widerlich, teils erbärmlich wirkt. Alle Parteien, die sich um einen Ministerposten bemühen, behaupten, die eigenen Interessen würden von ihnen zurückgestellt, sie dächten nur an das Wohl der Allgemeinheit und des Vaterlandes. Und doch spielen bei dem Zustandekommen eines Kabinetts die kleinlichsten und egoistischsten Parteilichkeiten die Hauptrolle. Das Parlament wird zu einer politischen Kinderstube herabgewürdigt, die Abgeordneten, die mitbeteiligt sind, fungieren in der Rolle Höflicher Statisten. Was sich diesmal vor der Wahl hinter den Kulissen abspielte, war elender Parteischacher um Ministerposten, die Arbeiterklasse wird die Kosten zu tragen haben, das Bürgerum und der neue Gott Stinnes triumphieren.

Am Freitag hatten sich die Drahtzieher und Kulissenführer auf Selner als Ministerpräsidenten geeinigt. 5 Minuten vor der Wahl leiteten die Gegenspieler ein, das Haus wurde auf Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, vertagt. Schon tuschelte man in den Gängen, daß das Kabinett fertig sei unter der Präsidentschaft des Demokraten Dejer. Da kam wieder ein Gegenzug. Die Sitzung wurde abgeklagt und auf 8 Uhr abends festgelegt. Die Deutsche Volkspartei wollte Braun als Landwirtschaftsminister nicht schließen. Die Verhandlungen wurden hinter verschlossenen Türen fortgesetzt. Kurz vor 8 Uhr waren die Parteien der großen Koalition endlich so weit, den Rechtssozialisten Braun als Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Auf diesem Vorschlag erhebt sich der Deutsche Volkspartei weniger gefährlich. Da bei der Wahl 47 weiße Stimmgelbe abgegeben worden sind, die Deutsche Volkspartei für Winkler und unsere Fraktion für Leid gestimmt hatten, ergibt sich, daß mindestens 30 bürgerliche Abgeordnete weiße Zettel abgegeben haben. Denn die kommunistische Fraktion, die ebenfalls weiße Zettel abgab, war höchstens in einer Stärke von 15-20 Mann vertreten. Die weißen Zettel sind in der Hauptsache sicher aus den Reihen der Volkspartei gekommen, die kurz nach der Landtagswahl „unabwäglich“ erklärt hatte: Auf keinem Fall ein Ministerium Braun-Seydewitz. Diese 30 wolksparteilichen Abgeordneten, die aus der Reihe getanzelt sind, werden nun innerhalb ihrer Fraktion dafür sorgen, daß der Einfluß der Sozialisten im neuen Kabinett nicht härter wird als es Stinnes zuträglich ist.

Nach der Wahl vertagte sich das Haus auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr. In dieser Sitzung wird sich Ministerpräsident Braun mit seinem Kabinett dem Landtag vorstellen und eine Erklärung über die Richtlinien seiner Politik abgeben.

Der Skandal im Polizeipräsidium

Die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums, die sich auf der Jagd nach den 24 Millionen Mark befindet, welche als Belohnung für die Ergreifung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato ausgelegt sind, scheint einen ganz merkwürdigen Begriff von ihren Rechten gegenüber den unter dem Verdacht der Täterschaft verhafteten Spaniern zu haben. So verweigert sie dem Rechtsbeistand des Ehepaares Fort und des aus anderen Gründen verhafteten Spaniers Nin, dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld den freien Verkehr mit den drei Verhafteten. Genosse Rosenfeld durfte seine Klienten nur in Gegenwart mehrerer Polizeibeamter sprechen. Demnach wird den drei Spaniern verweigert, was jedem Deutschen, der wegen noch so schwerer Verbrechen angeklagt ist, ohne weiteres gestattet wird. Genosse Rosenfeld hat gegen diese Beschränkung des freien Verkehrs mit seinen Klienten bereits am 3. d. M. Beschwerde erhoben, aber bisher noch keinen Erfolg erzielt.

Es muß im übrigen mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß sowohl Nikolaus Fort wie auch seine Ehefrau entschieden bezweifelten, an der Ermordung des spanischen Minister-

präsidenten Dato beteiligt zu sein. Diese Feststellung ist besonders wichtig, weil die polizeilichen Veröffentlichungen den Eindruck erwecken, als ob die beiden Spanier zugegeben hätten, an der Ermordung Datos beteiligt zu sein.

Monarchistenrummel in München

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 8. November.

Die heutige Beilegung des ehemaligen bayerischen Königs Karl gestaltete sich zu einer großen monarchistischen und militärischen Demonstration. Der Trauerzug brauchte zwei Stunden zum Beseitigen. Abordnungen aus allen bayerischen Reichswertgarnisonen waren im Zuge. Auch die gesamte Münchener Garnison der Reichswehr und eine große Zahl von Offiziersvereinigungen, vaterländischen Vereinigungen, die Münchener Studentenkörpers in vollem Maß usw. beteiligten sich an dem Zuge. Viele Unteroffiziere waren in Paradeuniform mit Ordensbändern erschienen, u. a. erregte es Aufsehen, daß der rechtssozialistische Bürgermeister Schmidt und der demokratische Handelsminister Hamm sich am Trauerzuge beteiligten. Es wurde ein ungeheurer Aufwand getrieben. Rauchpfannen, Posaunenbläser, Böllerschüsse, Sängerkörpers und Tausende von Schulkindern sollten nach außen hin der Feier die königliche Weihe geben. Eine große Anzahl von Fürsten waren zur Feier in München erschienen; außer Prinz Rupprecht auch die übrigen Angehörigen des ehemaligen bayerischen Königshauses, der König von Bulgarien, der Infant von Spanien. Hakenkreuzer rissen die Verjammerungspaläste der U. S. V. von den Plafatsäulen. Auf diesen Plafatsäulen wurden die Arbeiter an die Verbrechen der deutschen Fürsten erinnert, die sie am deutschen Volke begangen haben. Zu Unruhe ist es nirgends gekommen.

Der Kappisten-Skandal

Von zuständiger Seite wird zu der skandalösen Angelegenheit des Kappistenprozesses eine langatmige Erklärung verbreitet, die im wesentlichen alle gegen die Justizbehörden erhobenen Anklagen bestreitet. Besonders pilant ist die Tatsache, daß das Reichsgericht trotz Einpruches des Oberreichsanwalts den am 27. Oktober angelegten Prozeß gegen Jagow und Genossen auf Grund folgenden Antrages des Rechtsanwalts Grünspach vertagte:

Die Angeklagten Bauer, Babst, Ehrhardt, Schnitzler haben das dringende Interesse, möglichst bald in der gegen sie verhängten Strafsache abgeurteilt zu werden. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß sie sich pünktlich zu dem Termin stellen, auf alle Fristen verzichtet werden, damit eine einheitliche Verhandlung stattfinden kann.

Erst aus dem in der Presse veröffentlichten Schreiben Kapitän Ehrhardts, in dem dieser erklärte, daß er nicht daran dachte, sich dem Gericht zu stellen, erlah das hochwohlwollende Reichsgericht, daß für seinen Beschluß nicht die geringsten Voraussetzungen gegeben waren. In einer Befragung, die der Oberreichsanwalt hierauf sofort mit dem Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach, herbeiführte, erklärte der letztere, daß er bei Einreichung seines Antrages vom 14. Oktober d. J. des Glaubens gewesen sei, daß die Angeklagten tatsächlich die Absicht hätten, zur Verhandlung zu kommen. Er habe sich zu dieser Auffassung auf Grund von früheren Äußerungen der Angeklagten für berechtigt gehalten, insbesondere aber auf Grund eines Schreibens des Obersten Bauer vom 14. September d. J., indem dieser zum Ausdruck gebracht habe, daß er nicht abgeneigt sei, zur Hauptverhandlung zu kommen, wenn er mit der Untersuchungshaft verschont bliebe, und in dem er gebeten habe, der Sache noch einmal näherzukommen. In seiner Meinung sei er nach befristet worden durch eine Unterredung mit Frau Oberst Bauer und mit einer Mittelsperson, durch die Bauer den Verkehr mit ihm unterhalten habe. Rechtsanwalt Grünspach hat bei der Unterredung zum Ausdruck gebracht, daß er noch keinen neuesten Informationen allerdings beschaffen müsse, daß seine Klienten ihre frühere Absicht der Stellung aufgegeben hätten.

Nach dieser erbaulichen Unterredung, zu der sich jedes Wort des Kommentars erübrigt, hat der Oberreichsanwalt die Aufhebung des sicheren Geleits beantragt. Das Reichsgericht hat dem Antrag durch Beschluß vom 24. Oktober stattgegeben, und für den 7. Dezember einen neuen Termin gegen Jagow, Wangerheim und Schiele „in Aussicht genommen“. Angeblich ist ein früherer Termin nach der Geschäftslogik des Reichsgerichts unmöglich. Die Kappisten können wieder aufatmen: bis zu dem Termin bleiben immerhin noch etwa fünf Wochen. Bis dahin kann noch allerhand passieren.

Erpressertaktik

Die Bedingungen der Industrie für die Kreditaktion

In der Wiener Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurde vom Vorstand folgende Resolution vorgelegt:

„Unter der Voraussetzung, daß Reichsregierung und Reichstag den ersten Willen betätigen, eine paragrafen Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens durchzuführen und insbesondere die bei den Betriebsverwaltungen bestehenden Mängel zu beseitigen und unter der weiteren Voraussetzung, daß die Reichsregierung gewillt ist, hierbei die begründeten und sachkundigen Vorschläge der Industrie nicht wie bisher zu misachten, hält die deutsche Industrie trotz der inzwischen eingetretenen einschneidenden Schwächerungen der deutschen Leistungsfähigkeit den Wünschener Beschluß vom 27. September aufrecht. Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Behandlung der Angelegenheit eingesetzten Ausschuß, die Verhandlungen mit der Reichsregierung auf der bisher verfolgten Linie fortzuführen sowie unter Hinzuziehung der deutschen Banken mit ausländischen Finanzmännern Verhandlungen über Form, Höhe und Bedingungen einer Anleihe einzuleiten. Der eingesetzte Ausschuß soll die Angelegenheit beschleunigt behandeln und erledigen und dabei besonders auch die Frage der Rechtsformen, der Haftbarkeit nach außen wie der Unterverteilung der Haftung auf die gesamten am gewerblichen Leben beteiligten Kreise, ferner die Frage der Verzinsung der durch die Anleihe bewirkten Vorausleistungen auf Steuern, die Berücksichtigung der Balustationsanklagen und der sonst notwendig werdenden Schutzmaßnahmen durcharbeiten.“

Wir haben unsere Meinung dazu im Leitartikel beigelegt. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt:

„Zu diesen von der Industrie aufgestellten Bedingungen steht sich allerlei sagen. Was zunächst die Finanzen der Verkehrsunternehmungen anlangt, so ist es doch gerade die Industrie gewesen, die fortwährend den höchst ungelunden Grundzügen besteht hat, daß die Frachtkosten von ihr nicht getragen werden können, ohne daraus wenigstens die Konsequenz zu ziehen, die Staatsbetriebe dann auch billiger besetzen zu lassen. Und auch die Pläne, in den Finanzen, soweit das möglich ist, Ordnung zu schaffen, haben gerade in der Industrie immer denn schärfsten Widerspruch erfahren, wenn sie, als die leistungsfähigste

Steuerschleierin den ihr rechtmäßig zukommenden Anteil in voller Höhe übernehmen sollte. Wenn die Industrie heute wirklich sachkundige und begründete Finanzvorschläge zu machen hat, so wird das jedermann begreifen und nur bedauern, daß sie nicht schon früher gemacht worden sind.“

Aus der Aussprache in der nichtöffentlichen Sitzung teilt das Blatt ferner mit — andere zuverlässige Meldungen liegen bisher nicht vor — daß eine nicht unbedeutende Opposition gegen die Fortführung der Kreditaktion hervortrat. Wortführer dieser Opposition waren insbesondere der deutschnationale Abgeordnete Hugenberg und Dr. Silverberg, der bekannte Braunloher-Industrielle, der den Bergbau im Reichswirtschaftsrat vertritt. Beide Redner wiesen darauf hin, daß ein Goldkredit von höchstens einer Milliarde Goldmark — denn mehr sei unter den heutigen Verhältnissen nicht zu erlangen — die Situation nicht retten werde. Es sei vielmehr geboten, daß Deutschland schon jetzt seine Unfähigkeit bekenne, die weiteren Reparationszahlungen zu leisten.

Wo bleiben die Kartoffeln?

Wie die Deutschnationalen ihre Kassen füllen

Die Kartoffeln sind groß und der Busch blüht. Was soll also die Frage? Die Kartoffeln werden doch verhandelt, wo am meisten bezahlt wird! So nun — man soll die Agrarier auch nicht unter Gebühre einbüßen. Keine Regel ohne Ausnahme! Zwar sind die Kassen der Proletarier leer und bleiben es. Die Sabotage der Landwirte ist offenkundig. Aber sie können auch anders. Hier ein Beweis. Wir gelangen in den Besitz folgenden interessanten Schreibens des Bezirksvereins Hainberg der Deutschnationalen Volkspartei. Es heißt in ihm:

„Gleichzeitig sprechen wir den Landwirten der Ortshausen (sollgen die Orte. Red. d. Fr.) unseren herzlichsten Dank aus für die zum Teil sehr beträchtlichen Kartoffelspenden, die sie auf unsere Anregung uns zur Verfügung gestellt haben. Sie haben einerseits die bedürftigen Gesinnungsgenossen eine überall dankbar anerkannte große Wohltat erwiesen, andererseits ist dadurch unserer Bezirkstafel ein sehr notwendiger Zuschuß zugeflossen, da wir den Beisetzern die Kartoffeln für 25 Mark je Zentner weitergeben haben, wie aus unserem Rundschreiben ersichtlich war. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diejenigen Landwirte, denen es nicht möglich war, uns durch eine Kartoffelspende zu unterstützen, uns ihren Beitrag an die Partei in anderer Weise zugute kommen lassen, wie das auch die uns angehörigen Industriellen und Angehörige anderer Berufe in dankenswerter Weise getan haben.“

Wir bitten nicht zu vergessen, daß die Kosten für Papier, Porto, Druckkosten usw. schon in ruhigen Zeiten unsere Kasse schwer belasteten, wievielmehr in bevorstehenden Wahlzeiten, wo es sich um die Zukunft von Staat und Gemeinde handelt. Die Hauptsache ist, daß wir rechtzeitig genügend Geld in der Kasse haben, um sparsam und sachgemäß wirtschaften und voraus disponieren zu können und im Wettbewerb mit anderen Parteien nicht zu spät kommen.“

Kartoffeln pro Zentner für 25 M. dienen also als politischer Räder und gleichzeitig als gute Einnahmequelle für die deutschnationale Partei. Ja, es gibt also noch volksfreundliche Agrarier. Aber im Ernst: Das Schreiben zeigt wieder einmal, daß Kartoffeln vorhanden sind. Die Bevölkerung ist der agrarischen Welt für preisgegeben.

Die Reparationskommission kommt

OE. Berlin, 5. November.

Der „Tempo“ ist davon unterrichtet, daß die Reparationskommission den Beschluß gefaßt hat, sich in nächster Zeit nach Berlin zu begeben, um sich dort die Sicherheit zu verschaffen, daß die deutsche Regierung die vom Garantienkomitee vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bewirkung der hinsichtlich der Zahlungsansprüche von Deutschland eingegangenen Bedingungen, wie sie ihm am 18. Mai mitgeteilt wurden, durchgeführt werden.

Die Hilfsaktion für Russland

Ein Vertrag zwischen Moskau und Amsterdam

OE. Berlin, 5. November.

Die sowjetische Zentralhilfskommission hat den Vertrag bestätigt, der kürzlich in Berlin von den Vertretern der Sowjetregierung Kopp, Jonow und Seaman-Browdoff mit den Vertretern des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes Timmen und Grahmann abgeschlossen worden ist. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale errichtet in Russland zum Zwecke der Hungerhilfe ihre Vertretung. Die Sowjetregierung gewährt deren Mitarbeitern die gleichen Rechte, wie sie die Mitarbeiter der amerikanischen Hilfsadministration, des deutschen Roten Kreuzes und der Rotes-Hilfe genießen. Alle Güter der Gewerkschaftsinternationale in Sowjetrußland bilden ihr unantastbares Eigentum. Außerdem soll die Vertretung in Uebereinstimmung mit der sowjetischen Hilfskommission arbeiten und ihre Mitglieder haben sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

Der Gewerkschaftsbund hat für die Hilfsaktion bereits zehn Millionen Mark angewiesen; weitere 100 Millionen sollen bereitgestellt werden.

Erklärung der Berliner Sowjetvertretung

Die hiesige russische Sowjetvertretung bittet um Bekanntgabe folgender Erklärung:

Die Vertretung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik in Deutschland erklärt, daß die Nachricht über ein angelegliches Zirkular des Volkskommissars Tschichserin bezüglich der Teilnahme der ausländischen russischen Vertretungen an der Feier am 7. 11. d. J., die in einem Berliner Blatt am 3. November erschien, glatt aus der Luft gegriffen ist.

Die Absetzung der Habsburger

Budapest, 5. November.

Die Nationalversammlung hat den Gehehenswurf betreffend den Thronverzicht des Königs Karl und des Hauses Habsburg in erster und zweiter Lesung angenommen.

Eine Abrüstungskonvention. Anlässlich des Zusammentritts der Abrüstungskonferenz in Washington und des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam veranlaßte der Aktionsausschuh „Wie wieder Krieg“ auf der Basis der großen Friedensdemonstrationen vom 31. Juli am Sonntag, den 18. November, vormittags 10½ Uhr, im Berliner Circus Rusch eine große Kundgebung unter dem Titel „Weltabrüstung“. Diese Aktion, die wieder einen massenhaften Verlauf zu nehmen verspricht, steht im engsten Zusammenhang mit der Abrüstungspropaganda, die die Friedensfreunde aller Länder in dieser Woche einleiten. In Deutschland finden Kundgebungen größerer Stills noch in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und München statt.

Die schwarz-weiß-roten Bundesbrüder

Programmatifche Erklärungen der Deutschen Volkspartei

Die Rechtssozialisten haben sich in Preußen mit der Deutschen Volkspartei verbunden, um die Republik zu stützen, die Verwaltung zu demokratisieren, die Reaktion auszuschalten und die Schulpflicht zu einem Machtmittel der Republik zu machen. Da ist es wohl wertvoll, das Programm auszuarbeiten, mit dem die Deutsche Volkspartei in den preussischen Wahlkampf gezogen ist.

Am 8. Januar dieses Jahres fand in Potsdam der Erste Preussentag der Deutschen Volkspartei statt, der zu den bevorstehenden Landtagswahlen Stellung nahm. Der Saal war geschmückt mit

Schwarz-weiß-rote Fahnen,

auf der Bühne war inmitten einer Gruppe von Blattschneidern das Standbild Friedrich des Großen aufgestellt mit einem Hintergrund in den preussischen Farben. Der Abgeordnete Dr. von Krause hielt die einleitende Ansprache. Er betonte, daß Preußen erhalten und geschützt werden müsse gegen die Verfallungsgefahr weltentrückter Phantasten und Doktrinaire. (Lebhafte Zustimmung. Rector Lemppert (Potsdam) erinnerte daran, daß der Kaiser vor dem Auszug in den Krieg in Potsdam bei der Abschiedsfeier des Ersten Garde-Regiments den Truppen seinen Segen erteilt habe und rief: „Ich bin ein Preuze und unsere Stärke war. Ich bin ein Preuze, will ein Preuze sein.“ (Lebhafte Beifall.)

Nach ihm sprach Gymnasialdirektor Dr. Boelky über den nationalen und kulturellen Beruf Preußens. Er entwickelte folgendes Kulturprogramm: Preußen darf nicht aufgeben, der kommende Staat muß sich gründen auf dem festen Fundament der Kaiseridee, die noch immer in dem Herzen der Völker unseres Volkes schlummert. (Stürmischer Beifall.) Das geht nicht von heute auf morgen, aber dieses Ziel leuchtet uns vor fern. Wir wollen uns nimmermehr von der Vergangenheit unseres Volkes trennen. (Beifall.) Wenn Kultusminister Haenisch aus den Schulbüchern alle Zusammenhänge mit der Vergangenheit beseitigen möchte, es wird ihm nie und nimmer gelingen. (Stürmischer Beifall.) Und wenn er aus den Schulen und aus den Büchern die

Bilder der Hohenzollern

entfernen läßt (Lebhafte Pfuirufe), aus unserem Herzen wird er nie und nimmer die Erinnerung an die großen Männer dieses Geschlechts herausreißen können. (Stürmischer wiederholter Beifall.) Wir bilden mit Genugtuung nach Bayern, das die Krise überwunden zu haben scheint. Auch Preußens Mission ist für Deutschland noch nicht zu Ende. (Beifall.) Wir erblicken nicht, um mit dem Sozialdemokraten Heilmann zu sprechen, in Preußen einen Hort der Revolution (Lachen), wir wollen ein Preußen als Hort der Ordnung und des Rechts. (Beifall.) Dieser preussische Geist ist nur vorübergehend durch die Phrase der Revolution überhört und durch die einseitige Machtpolitik der sozialistischen Regierung zurückgedrängt. Der alte Geist Preußens, der Geist Potsdams muß und wird wiederkommen! (Beifall.) Wir bekennen uns neben dem vielgeschmähten Wort vom preussischen Militarismus auch zu dem vielgeschmähten

Geist der preussischen Bureaucratie.

Dieser Geist muß wieder hinein in unser Volk und unsere Jugend. (Beifall.) Man redet jetzt viel von einer deutschen Kulturpolitik, man krebt nach einer Vereinheitlichung des deutschen Kultuslebens, nach einem großen Reichskultusministerium. Eine derartige Uniformierung von Berlin aus lehnen wir ab. (Beifall.) Ohne preussischen Geist kommen wir nicht zum Ziel. (Sehr gut!) Wir halten daran fest, daß in unseren Schulen Religionsunterricht erteilt wird. (Allseitige Zustimmung.) Daher starke Betonung des Geschichtsunterrichts und hinein in die brandenburgisch-preussische Geschichte. (Beifall.) Solange wir leben wollen, müssen wir Preußen sein. Sei es trüber Tag, sei es heller Sonnenschein, ich bin ein Preuze, will ein Preuze sein. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeläutchen.)

Der nächste Redner, Universitätsprofessor Dr. Brand, sprach über Preußens historische Mission. Er sagte: Wir stärken uns aus der preussischen Geschichte und setzen an die Spitze die unumstößliche Tatsache, daß Preußen keine Größe seiner Dynastie verdankt. (Sehr wahr!) Diese Träne sind wir ihr schuldig, und wenn heute Ehre und Treue unter pari gehandelt werden, so wollen wir der Träne einen Altar errichten. (Beifall.) Der Deutsche will Macht im Staat auch persönlich leben. Das ist nicht Hyazinthismus, sondern innerliches deutsches Lebensgefühl. Die Geschichte der preussischen Dynastie verlornt zu gleich die Geschichte des preussischen Volkes. Die Dynastie und

die Könige sind uns Sinnbilder

auch für die Kämpfe des Volkes. Doch nicht nur das: die Dynastie ist auch die schöpferische und treibende Kraft gewesen, und in ganz besonderen Maße gilt das für die Dynastie der Hohenzollern. (Beifall.) Der Preussentag ist es Preußen und Deutschland schuldig, daß er sich vereinigt zu dem Bekenntnis, daß der preussische Staat eine Schöpfung des Hauses Hohenzollern ist. Die Verdienste dieser Dynastie sind auch auf kulturellem Gebiete unergänzlich. Auch die preussischen Junker haben eine weltgeschichtliche Mission gehabt, und sie haben sie noch nicht zu Ende geführt. (Sehr richtig!) Der preussische Edelmann im Diten steht urmhaut über seinen Berufsangehörigen in den westlichen demokratischen Ländern. Diese Junker haben auch die Wüste des Offizierskorps beseitigt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verurteilen auf das schärfste alle Behauptungen, diesen preussischen Staat, der seine Mission noch nicht erfüllt hat, zu verurteilen. Wir verurteilen alle jene Schurken, die das deutsche Vaterland an das Ausland verraten. (Stürmischer Beifall.) Gegenüber allen diesen Behauptungen beschwören wir heute in dieser feierlichen Stunde den alten preussischen Geist. Wer über die militärische Parade spöttelt, der hat sie nicht gekannt. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommt darauf an, daß man mit dabei gewesen sein muß. (Lebhafte Beifall.) Wer die Gleichgültigkeit kennt und wer weiß, was es bedeutet, geradeaus marschieren, und bekümmert um Hüfen und um den Deck von rechts und links (Stürmischer Beifall), der weiß, daß

in dem Paradezug eine Erziehung zur Staatsgefönnung

und zur Disziplin liegt, wie nirgends sonst. (Lebhafte Zustimmung.) Der Hülsemann kann nur Richtung halten, wenn die ganze Front richtig marschiert. Wir haben Richtung gehalten in der Deutschen Volkspartei. Wir wollen marschieren unter dem schwarzen Adler der Zukunft entgegen. (Stürmischer, immer wieder einziehender Beifall.)

Am Nachmittag fand in der Hof- und Garnisonkirche ein feierlicher Gottesdienst zum Gedächtnis König Friedrichs II. von Preußen statt. In der darauffolgenden Sitzung am Montag wurden die gleichen Fäden weitergesponnen. Wir berichten darüber in einer der nächsten Nummern. Für heute mag die wiederholte Reispote genügen, um den Arbeitern zu zeigen, mit welcher Partei sich die rechtssozialistischen Führer auf Gedeih und Verderb verbunden haben.

Die Beföndungserhöhung und die Gemeinden

Der Deutsche Städtetag hat in Eingaben an die Reichsstellen die dringendste Forderung erhoben, daß zur Deckung des gewaltigen Mehraufwandes an Gehältern und Löhnen, der den Gemeinden aus der bevorstehenden Gehaltserhöhung erwächst, vom Reich die Mittel in derselben Weise herbeigeföhrt werden, wie dies bei der Deckung der den deutschen Ländern entstehenden Mehrausgaben geschieht. Die Gemeinden befinden sich in derselben finanziellen Zwangslage wie die Länder. Ohne gleichzeitige Deckung für den Mehraufwand wird es den Gemeinden bei der heutzutage unumgänglich sein, die notwendige Beraufsetzung der Bezüge

Die Mißhandlung der unteren Beamten

Forderungen der USPD. zur Beamtenbeföndung

Von Luise Zieh

Beamtenbeirat und Fraktion der U.S.P.D. haben Stellung genommen zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Beamtenorganisation über die Aufbesserung der Beamtenbezüge und sind zu völlig anderen Vorschlägen gekommen.

Trotz harten Ringens durch die Beamtenorganisationen — die Verhandlungen waren bereits einmal abgebrochen worden, weil die Regierung hartnäckig auf ihrem unzulänglichen Angebot bestand — ist das Erzielte für die unteren und mittleren Gehaltsklassen völlig unzureichend. Dagegen weisen die oberen Gehaltsklassen und die Einzelgehälter, nach dem Regierungsvorschlag, der unverändert geblieben ist, enorme Erhöhungen auf.

Dadurch ist die Spannung zwischen Gehaltsgruppe 1 und 13 nicht verringert, sondern sehr stark vergrößert und der unsozialen Charakter der Beföndungsordnung erheblich verschärft worden.

Einig gehen wir mit der Regierung in der Auffassung, daß die Erhöhung der Beamtenbezüge, die eine Notwendigkeit ist, angeht der wirtschaftlichen Lage, nicht erfolgen kann durch eine weitere Steigerung der Teuerungszuschläge, sondern daß sie erfolgen muß durch eine Erhöhung des Grundgehaltes. In allem übrigen weisen wir von dem Vorgehen stark ab, was wir in folgenden Darlegungen und in der untenstehenden Aufstellung zum Ausdruck bringen.

1. Das Grundgehalt

muß nach unserer Forderung so bemessen sein, daß es über das Existenzminimum hinaus den Beamten eine ausreichende Lebenshaltung sichert und ihnen ermöglicht, an den Kulturgütern der Gegenwart teilzunehmen. Zu dem Zweck ist in erster Linie eine kräftige Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Gehaltsklassen notwendig. Gewiß ist auch eine Erhöhung der oberen Gehaltsklassen erforderlich, jedoch nicht in dem Maße wie in den anderen Gehaltsklassen; deshalb ist eine rein schematische Erhöhung der Gehälter aller Gruppen, etwa durch eine für alle Gehaltsgruppen gleichmäßige Verdreifung nicht angebracht, weil sie, wenn sie in dem für die unteren Gruppen unbedingt notwendigen Maße erfolgen würde, zu einer weit über das Notwendige hinausgehenden Bevorzugung der höchsten Gruppen führen würde. Es muß daher für jede einzelne Gruppe geprüft werden, um wieviel sie zu erhöhen ist. Das ist nach den Vorschlägen unserer Tabelle geschehen. Dabei muß eine mögliche Anreicherung der Gruppen an- und untereinander erfolgen. Das entspricht der Gerechtigkeit und wird dazu beitragen, den Beamten der unteren Gehaltsgruppen das tief eingewurzelte Gefühl der Zurücksetzung zu nehmen.

Bei der Festsetzung der Grundgehälter soll Rücksicht genommen werden auf Vorbildung, einerseits od schulmäßige oder durch eigene

Kraft erworbene, auf Können und Leistung, auf die obliegende Verantwortung, auf gleiche oder annähernd gleiche Beschäftigung, ohne Rücksicht darauf, bei welcher Behörde (untere, mittlere oder oberste) der Beamte tätig ist.

Großes Gewicht ist dabei auf die Forderung gelegt, daß das Anfangsgehalt so bemessen ist, daß der Beamte in der Lage ist, eine Familie gründen und ernähren zu können; dazu würden etwa 1/3 des Endgehaltes nötig sein. Auch müßte das Endgehalt nicht wie bisher in 15 Jahren, sondern wie bisher in Gruppe 13 in allen Gruppen in 10 Jahren erreicht werden.

Um der Ungerechtigkeit, die durch die Auseinanderreißung der Beamten von gleicher oder fast gleicher Vorbildung und Beschäftigung und durch ihre Eingruppierung in verschiedene Gehaltsklassen erfolgt, ein Ende zu machen und die Spannung zwischen Gruppe 1 und 13 zu verkleinern, sind die Gruppen auf 7 zu verringern. Das kann geschehen durch die Zusammenlegung von je zwei Gruppen, von Gruppe 2 und 3 an als Gruppe 2 bis zur Gruppe 12 und 13 als fünftige Gruppe 7. Gruppe 1 bleibt bestehen, und zwar vorwiegend für die Reichswehr — solange diese der Beamtenbeföndungsordnung untersteht.

2. Die Ortsklasseneinteilung

hat nach unserer Forderung nach Wirtschaftszugehörigkeiten zu erfolgen. Die Zahl der Ortsklassen ist auf 3 zu verringern und der Ortszuschlag bedeutend zu erhöhen, auf 4000, 5000 und der Ortszuschlag bedeutend zu erhöhen: auf 4000, 5000 halb der einzelnen Ortsklassen ist die bisher unterschiedliche Bemessung des Zuschlages, der wiederum die oberen Gehaltsklassen bevorzugte, zu beseitigen.

3. Die Teuerungszuschläge

sind nicht, wie bisher, in gleichen Prozentsätzen, sondern in gleichen absoluten Summen für alle Gehaltsklassen zu zahlen. Nach sorgfältiger Erwägung sind 8000 Mark in Ansatz gebracht.

4. Die Kinderzuschläge

sind anerkanntermaßen viel zu gering. Sie sind auf 150, 200 und 250 Mark nebst einem Teuerungszuschlag von 100 Prozent zu erhöhen.

Das sind die Forderungen, die einstimmig vom Beamtenbeirat und von der Fraktion beschlossen sind und für deren Durchsetzung wir mit Energie und Entschlossenheit kämpfen werden.

Die Durchsetzung dieser Forderungen würde eine einheitliche, gerechte und sozial wirkende Beföndungsregelung bedeuten, während die Vereinbarung mit der Regierung mit einem Grundgehalt von 7500—11000 Mark für Gruppe 1 die juchzibare Not in den unteren Klassen beseitigen läßt. Dagegen werden den Gruppen 11, 12 und 13 mit Grundgehältern von 53000 bis 60000 Mark ganz ungerechtfertigte Zuwendungen gemacht. Politisch hat diese Tatsache zudem die Konsequenz, daß die hohe Bureaucratie, in der die Reaktion zu Hause ist, finanziell und politisch eine Stärkung erfährt. Dem beugt unser Vorschlag energisch vor.

Ortszulage: A	bei Gehalt bis 32000 Mark inkl.		bei Gehalt von 33000 Mark aufwärts		B	bei Gehalt bis 32000 Mark inkl.		bei Gehalt von 33000 Mark und mehr		C	bei Gehalt bis 32000 Mark inkl.		bei Gehalt von 33000 Mark aufwärts		
	6000 Mark	8000 Mark	5000 Mark	6000 Mark		4000 Mark	5000 Mark	5000 Mark	6000 Mark						
Kinderzulagen (statt 40, 50, 60 Mark + 175% Zuschlag):															
150 Mark — 6 Jahr — 200 Mark — 14 Jahr — 250 Mark — 21 Jahr + 100% Teuerungszuschlag															
Gruppe	Gehalt				Ortszulage			Teuerungszuschlag		A		B		C	
					C	B	A	Nichtige des Einkommens kommen (Spalte 2, 3, 4)		Nichtige des Einkommens kommen (Spalte 2, 3, 4)		Nichtige des Einkommens kommen (Spalte 2, 3, 4)		Nichtige des Einkommens kommen (Spalte 2, 3, 4)	
I	14 000, 16 000, 19 000, 22 000, 24 000	4000, 5000, 6000			9000		29 000, 39 000		28 000, 38 000		27 000, 37 000		27 000, 37 000		
(bisher 1)	(4 000 — 6 000 in 3 Stufen)							(11 200)		(11 200)		(11 200)		(11 200)	
II	15 000, 17 000, 19 000, 22 000, 25 000	4000, 5000, 6000			9000		30 000, 40 000		29 000, 39 000		28 000, 38 000		28 000, 38 000		
(bisher 2/3)	(2 4 200 — 6 000 in 3 Stufen)							(12 400)		(12 400)		(12 400)		(12 400)	
III	16 000, 20 000, 22 000, 25 000, 28 000	4000, 5000, 6000			9000		33 000, 43 000		32 000, 42 000		31 000, 41 000		31 000, 41 000		
(bisher 4/5)	(1 5 000 — 7 000 in 3 Stufen)							(13 200)		(13 200)		(13 200)		(13 200)	
IV	22 000, 24 000, 26 000, 29 000, 32 000	4000, 5000, 6000			9000		37 000, 47 000		36 000, 46 000		35 000, 45 000		35 000, 45 000		
(bisher 6/7)	(5 5 000 — 9 200 in 3 Stufen)							(17 700)		(17 700)		(17 700)		(17 700)	
V	23 000, 28 000, 30 000, 33 000, 36 000	4000, 5000, 6000			9000		41 000, 51 000		40 000, 50 000		39 000, 49 000		39 000, 49 000		
(bisher 8/9)	(8 5 000 — 10 200 in 3 Stufen)							(21 600)		(21 600)		(21 600)		(21 600)	
VI	30 000, 32 000, 34 000, 37 000, 40 000	4000, 5000, 6000			9000		45 000, 57 000		44 000, 56 000		43 000, 55 000		43 000, 55 000		
(bisher 10/11)	(10 5 000 — 12 000 in 3 Stufen)							(26 400)		(26 400)		(26 400)		(26 400)	
VII	33 000, 35 000, 38 000, 41 000, 44 000	5000, 6000, 6000			9000		50 000, 61 000		48 000, 59 000		47 000, 58 000		47 000, 58 000		
(bisher 12/13)	(12 11 200 — 16 800 in 5 Stufen)							(12 80 200)		(12 80 200)		(12 80 200)		(12 80 200)	

Anmerkung: Infolge der Zusammenlegung der Gruppen 12 und 13 werden diejenigen Beamten der (alten) Gruppe 13, welche in einem Vorgesetztenverhältnis zu den Beamten der Gruppe 12 stehen, nämlich: Die Direktoren der Reichsbehörden und der Reichsbank, die Senatspräsidenten des Reichsversicherungsamtes, des Reichswirtschaftsamtes, des Reichswirtschaftsgerichts, des Reichsversicherungsgerichts, die Abteilungspräsidenten der

Landesfinanzämter, der Präsident der Seewarte, die Gesandten II. Klasse in die Sondergehaltsgruppe B1 einzustufen sein. Das Gehalt der Gruppe B1 (jetzt Reichsgerichts- und Reichsfinanzräte) ist gleich dem Höchstgehalt der Gruppe 13, und die vorgenannten Beamten haben es sämtlich schon infolge ihres Dienstalters, auch künftig werden Beamte mit geringerem Dienstalter wohl nur ausnahmsweise in diese Stellen kommen.

für ihre Beamten, Lehrpersonen, Angestellten und Arbeiter vorzunehmen.

Der Magistrat Berlin beschloß gestern gemeinsam mit den übrigen notleidenden Städten bei der Regierung umgehend Schritte zu tun, um in irgendeiner Form eine Reichshilfe zu erreichen, welche die Städte vor dem finanziellen Zusammenbruch bewahrt. Die Weiterberatung der Angelegenheit erfolgt Anfang nächster Woche, sobald die finanzielle Lage geklärt ist und die Verhandlungen des Reichs mit den Reichsarbeitern beendet sind.

Der Prozeß gegen die Hundertschaft z. B. Der Fall des gestürzten Reichsmilitärs Buchholz von der Hundertschaft z. B. wird in den letzten Tagen d. Wts. vor der Strafkammer des Landgerichtes III zur Verhandlung kommen. Das Verbrechen stützt sich in erster Linie gegen den Reichsmilitär Czerny, der zur Zeit des Tatfalls im Zimmer des Buchholz wohnte, während Oberwachmeister Reyer der Hundertschaft bzw. der Hundertschaft beschuldigt wird. Ein Verdict zu diesem großen Prozeß wird sich in der kommenden Woche ebenfalls vor dem Landgericht III abrollen, wo eine Anzahl Beamte der Hundertschaft wegen schwerer Miß-

handlung eines Sektierers, namens Ditsch, angeklagt sind. In diesem Prozeß sind auch die beiden Hauptangeklagten des Nordaffäre Buchholz verurteilt.

Brandler aus der Festungshaft entlassen. Der frühere Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Brandler, der wegen der Haltung seiner Partei während des diesjährigen Märzaufrufes in Mitteldeutschland vom Sondergericht beim Landgericht I in Berlin zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt worden war und diese Strafe zur Zeit im Festungshaftgefängnis Gollnow verbüßte, ist vor 8 Tagen, am 29. Oktober, aus Gollnow gestrichelt.

Der Wörder des Premierministers Hara ist, wie aus Tokio gemeldet wird, ein junger Mann von 19 Jahren, der an Geistesverrückung leidet.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauerschuk
 3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen o. 30 Mk. an.
 Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxussteuer.
 10% Preisaufschlag.
Zahn-Praxis Halvani, Danziger Straße 6.

Die Frage der sozialistischen Einigung

Die Internationale auf dem französischen Sozialistenkongress

Von Georg Ledebour

In Paris tagte vom 29. Oktober bis zum 1. November der Jahreskongress der Sozialistischen Partei Frankreichs, zu dessen Begründung ich von dem Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands delegiert war. Schon in den Begrüßungsansprachen wie im Verlauf der Verhandlungen selbst wurden internationale Fragen von großer Wichtigkeit erörtert. Die sehr abgekürzte Berichterstattung in der deutschen Presse hat sehr abgeklärte Missverständnisse erzeugt. Eine völlige Verdrehung dessen, was ich über die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gesagt habe, hat obendrein der nationalistischen Presse in Deutschland den Anlaß zu unerhörten Beschimpfungen und Verleumdungen meiner Person und unserer Partei gegeben. Das alles macht eine eingehendere Darstellung dieses für die gesamte Internationale wichtigsten Teiles der Pariser Verhandlungen nötig.

Auf den Sonntagnachmittag waren die Begrüßungsansprachen der auswärtigen Delegierten angefallen. Sie wurden eröffnet durch den Genossen Huggler aus der Schweiz, dessen Standpunkt sich in allen wesentlichen Punkten mit der U. S. P. D. deckt. Nach dem Spanier Santiago, dem Schweden Engborg, dem Georgier Tseretelli, erhielt dann als Vertreter der englischen Arbeiterpartei der Genosse Tom Shaw das Wort, der gleichfalls, wie alle übrigen fremden Delegierten französisch sprach. Er brachte wiederum die Gedanken zum Vortrag, die er und seine Freunde uns gegenüber zwei Wochen vorher in London entwickelt hatten, wo wir als Vertreter des Zentralkomitees der Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien zu einer Konferenz mit der Labour Party erschienen waren. Der abschließende Briefwechsel darüber, der in der deutschen Parteipresse veröffentlicht wurde, hat unsere eigene Stellung zur Frage der internationalen Einigung hinreichend klar gemacht. Unbekümmert darum betonte Shaw, die internationale Einigung könne und müsse erzielt werden, wenn die der sogenannten 2. Internationale angeschlossenen Parteien mit denen der Wiener Arbeitergemeinschaft (U. S. P.) zur Neugründung einer umfassenden Internationale zusammentreten würden. Dieser Gedanke fand dann auch weiter Unterstützung bei dem Belgier De Broeckere und dem Holländer Van Kol, deren Parteien gleichfalls der 2. Internationale angeschlossen sind.

Als letzter ausländischer Delegierter erhielt ich das Wort. Ich wies zur Förderung des Verständnisses für unsere eigene Parteibewegung auf die Tatsache hin, daß die U. S. P. D. dem Kampf gegen Militarismus und Imperialismus während des Krieges ihren Ursprung verdankt und Hauptträgerin der revolutionären sozialistischen Bewegung in Deutschland war und heute noch ist. Wir hätten zwar eine Republik in Deutschland, ihr hätten aber noch heute die Schläden monarchistischer und militaristischer Einrichtungen an. Gegen die sich darauf stützenden reaktionären Tendenzen hätten wir einen schweren Kampf zu führen. Die französischen Genossen könnten uns in diesem Kampfe unterstützen, wenn sie den Imperialismus und Militarismus in Frankreich selbst bekämpften. Denn jeder Erfolg, den der französische Chauvinismus in der Gestaltung der auswärtigen Politik Frankreichs davontrüge, jede Schädigung deutscher Interessen, die er bewirkte, sei Wasser auf die Mühlen des deutschen Nationalismus. Das habe sich erst jetzt wieder gezeigt, als die Zerreißung Oberschlesiens bei den unmittelbar darauf folgenden Wahlen die Stimmen der nationalistischen Parteien habe anschwellen lassen. Die Imperialisten und Militaristen beider Länder stützten und förderten sich gegenseitig. In Deutschland nütze man zur Aufspitzung nationalistischer Leidenschaften französische Vergewaltigungen aus, und in Frankreich suchten

die französischen Imperialisten ihren Landsleuten diese Vergewaltigungspolitik schmachhaft zu machen, indem sie auf das Erstarken der militaristischen Reaktion in Deutschland hinwiesen. So sei auch der Militarismus eine internationale Erscheinung und eine internationale Gefahr; er könne nur niedergehalten werden, indem die Sozialisten eines jeden Landes ihrer heimischen Reaktion zu Leibe gingen. Das sei die wertvollste Friedensarbeit, die wir Sozialisten uns überall angelegen sein lassen müssen.

Was Tom Shaws Eintreten für die internationale Einigung des Proletariats anbetrifft, so erklärte ich mich mit der Tendenz seiner Ausführungen völlig einverstanden. Aber der Weg dazu, den er vorschlug, führe vom Ziele ab und sei deshalb für uns völlig ungangbar. Während er sich für die Einigung der Sozialisten aller Länder begeisterte, schalte er unbekümmert die ganze große kommunistische Bewegung aus dieser Einigung aus. Darauf könnten wir Unabhängigen Sozialisten Deutschlands uns nie einlassen. Uebrigens seien

Dienstag, den 8. November Zahlabend in Groß-Berlin

auch die übrigen Vertreter der anderen der Wiener Arbeitergemeinschaft angeschlossenen Parteien, insbesondere die der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, der nämlichen Meinung wie ich. Die Kommunisten suchten zwar, auf das Geheiß von Moskau hin, uns mit allen möglichen Mitteln zu schädigen. Dagegen wehren wir uns natürlich. Aber wir können nicht außer acht lassen, daß sie wie wir Träger der revolutionären proletarischen Bewegung sind. Sie haben an unserer Seite gestanden in allen revolutionären Kämpfen seit der Kriegszeit. Sie sind jetzt leider in die Irre gegangen, aber trotz all der erbitterten Auseinandersetzungen mit ihnen dürfen wir nicht vergessen, daß sie irrende Brüder sind, die wir für die großen, entscheidenden Kämpfe der Zukunft an unsere Seite zurückgewinnen müssen. Was Tom Shaw befürwortet, ist, bei Lichte besehen, weiter nichts als die Galvanisierung der verflümmerten 2. Internationale. Das machen wir nicht mit. Die der Wiener Arbeitergemeinschaft angeschlossenen Parteien haben die Aufgabe, als Vorhut des revolutionären Proletariats die große allumfassende Internationale der Zukunft vorzubereiten. Diese internationale Einigung kann aber nicht in überreilten Konferenzen künstlich erzeugt werden, sondern nur aus gemeinsamen Kämpfen allmählich erwachsen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung gab der Genosse Jean Longuet noch ausführlichere Darlegungen über unsere Verhandlungen in Amsterdam und London. Da sie natürlich das internationale Problem nicht hätten erschöpfen können, sei es wünschenswert, daß solche Verhandlungen bei passendem Anlaß weitergeführt würden.

Grumbach erging sich zunächst in einer eingehenden Kritik der kommunistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern, indem er deren Mißgriffe an der Hand ausgiebigen Materials erläuterte. Schließlich nahm er den von Tom Shaw angeponnenen Faden wieder auf. Er meinte, es müsse möglichst sofort etwas zur Einigung des internationalen Proletariats geschehen, deshalb solle ein Aktionskomitee ins Leben gerufen werden durch die Parteien der Wiener Arbeitergemeinschaft,

wie die der sogenannten 2. Internationale; auch die der Moskauer Internationale könnten zugezogen werden, wenn sie Neigung zur Beteiligung verspürten. Dieses Aktionskomitee solle dann die Leitung der gesamten internationalen Aktionen übernehmen. Außerdem empfahl Grumbach die Errichtung eines internationalen Nachrichtenbureaus für die sozialistische Presse aller Länder, da die Erfahrung gezeigt habe, daß die gegenwärtig ausschließlich im kapitalistischen Interesse geleiteten Telegraphenbureaus über die sozialistische Bewegung systematisch Unwahrheiten verbreiteten.

Mit großer Leidenschaft setzte sich dann der Genosse Pierre Renaudel für die von Tom Shaw und Grumbach gemachten Vorschläge zur internationalen Einigung ein. Wiederholt wandte er sich dabei persönlich an mich, so mit Worten, die ich nach dem Bericht des „Populaire“ hier in der Uebersetzung wiedergebe: „Damit wir zu Gunsten Deutschlands in Aktion treten können, müssen sich die deutschen Arbeiter von der Ueberzeugung durchdringen lassen, daß wir das nur tun können, wenn wir das Maximum der sozialistischen Kräfte zusammengefaßt haben. Ich richte diesen Appell an Sie, Ledebour, daß Sie die Mittel zur Einigung ausfindig machen. Nur wenn Sie uns sagen werden, die Stunde ist gekommen, werden wir handeln können.“

Dieser lebhafteste Appell an mich persönlich, der von dem Kongress durch stürmischen Beifall unterstützt wurde, nötigte mich, entgegen der Gewohnheit, daß auswärtige Delegierte an den eigentlichen Kongressdebatten sich nicht beteiligen, sofort das Wort zur Erwiderung zu nehmen, umso mehr, da Renaudel auch noch befürwortet hatte, daß wir Unabhängigen in Deutschland uns mit den Rechtssozialisten schließen sollten.

Ich erklärte zunächst, daß mir die sozialistische Einigung in Deutschland selbst nicht minder am Herzen liege, wie die internationale Einigung des Weltproletariats. Renaudel scheine aber nicht zu wissen, daß wir Unabhängigen in diesem Sinne beständig gearbeitet hätten und noch arbeiten. Ich führte dann als Beispiel an, wie zur Niederwerfung des militaristischen Organisations des deutschen Proletariats unter unserer Mitwirkung in erfolgreiche Aktion getreten seien; wie nach der Ermordung von Erzberger wiederum durch gewaltige Demonstrationen des gesamten Proletariats sogar die bürgerliche Regierung zum Kampf gegen die monarchistische Reaktion angetrieben worden sei und wie wir zu diesem Zweck gemeinsam mit den Rechtssozialisten Verhandlungen mit dem Reichskanzler Wirth geführt hätten. Durch solche gemeinsame Aktionen wurden uns die Kommunisten auf der einen, die Rechtssozialisten auf der anderen Seite nähergeführt. Da wurde plötzlich durch den bekannten Görlitzer Beschluß, der eine Verständigung der Rechtssozialisten mit der kapitalistisch orientierten Stimmespartei anbahnte, diese erfreuliche Entwicklung unterbrochen, so daß heute die sozialistische Einigung wieder in weitere Ferne gerückt ist. Wir geben aber unsere Bemühungen nicht auf. Wir vertrauen darauf, daß in den Arbeitermassen, die heute noch der rechtssozialistischen Partei anhängen, ebenso wie bei den Kommunisten das Bewußtsein des proletarischen Gesamtinteresses zum Durchbruch kommen wird. Unvermeidliche neue Klassenkämpfe werden diese Entwicklung beschleunigen, indem sie die Vorbedingung für jede Einigung schaffen, nämlich die gemeinsame Ueberzeugung von der Notwendigkeit des einheitlichen proletarischen Klassenkampfes gegen den Kapitalismus und seine Parteiververtretungen.

Was die internationale Einigung anbetrifft, so wüßte ich dem Vorschlage Grumbach-Renaudel nicht zustimmen. Ein leistungsfähiges internationales Aktionskomitee lasse sich nicht durch die Zusammentrommelung der einzelnen, den verschiedenen internationalen Gruppenorganisationen angeschlossenen Parteien ins Leben rufen. Ein solches Aktionskomitee, das ja die gegenwärtig bestehenden Bureaus der internationalen Gruppen in Brüssel, Moskau und Wien ersetzen müßte, kann nur das Ergebnis mühseliger Vorarbeiten und allmählich sich entspinnender internationaler Aktionen sein. Es stehe am Ende, nicht am Anfang der Einigungsbewegung. Ich könne mich aber natürlich nicht mit einer Abweisung dieses Vorschlages begnügen; ich verprügele mir dagegen Erfolg von folgendem Vorschlag: Ich



Wolffsmarell

- Damenwäsche**
- Taghemd m. Stickerei-Ansatz, reich verziert 46.50
 - Taghemd vordgl. Stoff m. Säumchen u. Ansatz 69.-
 - Nachthemd viereckiger Ausschnitt, mit Stickerei-Ansatz 75.-
 - Beinkleid m. Stickerei-Ansatz 45.-
 - Weißer Rock mit Stickerei-Ansatz 53.-
 - Prinzebrock reich garniert 125.-
 - Untertaillie mit Hohlraum 19.75

- Korsette**
- Korsett aus grauem Dreil. 39.-
 - Korsett aus modellarbigem Dreil. mit 1 Paar Strumpfhaltern 65.-

- Wirkwaren**
- Herren-Normal-Hemden wollgemischt, Mittelgröße 57.-
 - Herren-Socken Reinwolle, gestrickt, graumeliert 21.-
 - Kragenschoner Kunstseide, gestreift 29.50
 - Damen-Untertaillen mit warmem Futter u. Ärmeln, Mittelgr. 31.25
 - Damen-Jumper Reinwolle, gestrickt 270.-

- Lederwaren**
- Besuchtasche braun, krokodilnarbig, mit weiß. Verschlussknopf 29.-
 - Damentasche mit oxydiertem Bügel 59.-

- Handschuhe**
- Damen-Handschuhe Schwedischleder-Nachahm., 2 Druckknöpfe, farbig Wildleder-Nachahmung, mit Ringel, naturgelb und weiß, m. elegant. Aufn. 39.50
 - Herren-Handschuhe Schwedischleder-Nachahm., 1 Druckknopf, farbig, Reinwolle, gestrickt, farbig 24.50
 - Kinder-Handschuhe Reinwolle, bunt gemustert 10.50
 - Reinwolle gestrickt, einfarbig 13.50

- Hausschuhe**
- Kamelhaar-Umschlag-schuh m. Ledersohle für Damen 57.-
 - Kamelhaar-Schnallenstiefel mit Ledersohle Gr. 36 bis 42 Gr. 43 bis 46 51.- bis 61.-

Besonderes Möbel-Haus
Ständige Ausstellung fertig eingerichteter Zimmer
in sämtlich. 4 Stockwerken

Tischdecken

- Tischdecke aus Kochelleinen, reich bestickt, Größe 150x180 cm 98.-
- Tischdecke in persischem Muster, mit Fransen, Größe 140x170 cm 190.-
- Tischdecke Kelim-Nachahmung, mit Fransen, Größe 150x180 cm 325.-

Diwandecken

- Diwandecke in persischem Muster, mit Fransen, Größe 140x280 cm 325.-
- Diwandecke Kelim-Nachahm., mit Fransen, Größe 150x300 cm 475.-

Fenster-Dekoration
Kochelleinen mit buntem Muster, Flögelgröße 95x300 cm, Querhang 50x200cm, Garnitur 375.-
Bedruckt Möbelkattun
90 cm breit 24.-

Der Ansturm auf die Waren in Berlin

Konjunktur- und Hamsterkäufe

Was sagt die Konsumgenossenschaft?

Die gegenwärtig sich geltend machende Teuerungswelle wird allgemein nur als das schwache Vorbild einer noch empfindlicheren Preissteigerung aufgefaßt.

Es ist müßig, theoretische Erörterungen darüber anzustellen, ob diese Auffassung zutrifft oder nicht. Es genügt, daß sie zum mindesten einen nicht geringen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich hat, um breite Kreise der Bevölkerung zu veranlassen, über den unmittelbaren Bedarf für die nächste Zukunft hinaus Deckungsläufe vorzunehmen, die nicht selten in ein regelrechtes Hamstern ausarten. Insbesondere tritt dies zutage in den großen Warenhäusern, wo ein förmlicher Ansturm auf die Waren zu beobachten ist, ein Zustand, der vielfach dazu führt, daß die vorhandenen Lagerbestände bestimmter Artikel ausverkauft sind.

Das kaufende Publikum gliedert sich in drei große Gruppen. Da sind vor allem die ausländischen Käufer, die den Vorteil wahrnehmen wollen, den ihnen angesichts der katastrophalen Entwertung der Mark der Besitz kaufkräftiger Zahlungsmittel gewährt. Waren es bis vor kurzem im wesentlichen nur Amerikaner, Engländer, Skandinavier, Schweizer und Franzosen, die sich an diesem Ausverkauf zu Schlanderpreisen beteiligten, so sind jetzt auch solche Nationen vertreten, die, wie zum Beispiel die Tschechen, vor gar nicht langer Zeit noch eine Valuta besaßen, die ihnen dergleichen kaum gestattete. Heute freilich ist die tschechische Krone eine kleine Nichtsn neben der Mark. Alle diese Leute kaufen zusammen, was sie sehen, und in den großen Spezialgeschäften hört man tatsächlich alle möglichen fremden Idiome häufiger als Deutsch, ganz zu schweigen von den Engroshäusern und Exportfirmen, bei denen die ausländischen Käufer nahezu ausschließlich den Ton angeben. Die Firmeneinhaber tragen diesen Verhältnissen insofern Rechnung, als überall sprachkundige Angestellte bevorzugt werden. Diesfach werden auch vereidigte Dolmetscher herangezogen, in einzelnen Warenhäusern bis zu zehn und darüber.

Die zweite Käufergruppe bilden die besser situierten Kreise, die insbesondere alle Sorten von Textilwaren, Damen- und Herrenwäsche, fertige Konfektion, aber auch wirtschaftliche und sonstige Gebrauchsartikel, ja, selbst Nahrungsmittel in einem den augenblicklichen Bedarf weit übersteigenden Umfang kaufen. Insbesondere der Frauen dieser Kreise hat sich eine wahre Kaufwut bemächtigt, die in nichts hinter den Hamsterparoxysmen zurückbleibt, die man während der Kriegsjahre beobachten konnte. Abgesehen von den Wuchertalenten, in denen der eheliche deutsche Kaufmann exzelliert, sind es diese mit gezücktem Portemonnaie durch die Läden rasenden Mänaden, die mit in erster Reihe daran schuld sind, daß viele Preise schon jetzt rapid steigen, obwohl die Faktoren, die das zukünftige Steigen der Preise in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rücken, sich noch gar nicht auswirken konnten.

Aber auch die Frauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie diese selbst nehmen in keineswegs unbeträcht-

lichem Umfang Ankäufe vor, die die Preisgestaltung ungünstig beeinflussen. Vor allem sind es naturgemäß die verhältnismäßig gut gestellten Angehörigen dieser Schichten, also in erster Reihe diejenigen, deren Familien nur aus wenigen Köpfen bestehen und die gut genug gelöhnt sind, um nicht jeden Pfennig sofort verbrauchen zu müssen. Wie die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend uns mitteilt, beobachtet sie, daß in ihren Verkaufsstellen und Warenhäusern sehr erhebliche Käufe seitens der genannten Arbeitnehmerschichten getätigt werden. Den schlechter entlohnten oder gar arbeitslosen Genossen, sowie denjenigen, die unter sonst gleichen Verhältnissen einen höheren Familienstand zu ernähren haben und daher gezwungen sind, von der Hand in den Mund zu leben, wird die Ware von den ersteren weggekauft. Falls diese Zustände andauern sollten, würden namentlich Leinen- und Baumwollartikel sowie Kleiderstoffe und Schuhwaren, die noch zu verhältnismäßig günstigen Preisen vorrätig sind, bald geräumt sein. Aus diesem Grunde hat sich die Konsumgenossenschaft entschlossen, gewisse Artikel nur in bestimmten Höchstmengen abzugeben, die unter keinen Umständen überschritten werden dürfen. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß einzelne stärkere Hände zum Nachteil der schwächeren mehr Ware an sich reißen, als der augenblickliche Bedarf rechtfertigt.

Diese von einer vollkommen richtigen Beurteilung der Sachlage zeugende Maßregel ist nach den Feststellungen, die wir getroffen haben, die einzige ihrer Art. Die auf Gewinnerzielung abgestellten Warenverteilungsstellen der Wertheim, Liep, Tandorf und so weiter, desgleichen die unzähligen Spezialgeschäfte der verschiedenen Branchen haben für eine Regulierung des Konsums in dieser Art natürlich nichts übrig. Das einzige, was da und dort versucht wird, ist eine gewisse Differenzierung der Preise nach der Valuta des Käufers. Der Dollarkönig soll härter bluten als der Besitzer von Papiermark — ein Gedanke, der manches für sich hätte, wenn es sicher wäre, daß die auf diese Weise erzielten Extraprofite des Handels zur Senkung der Preise für die minderbemittelte Bevölkerung verwendet würden. Dies trifft jedoch keineswegs zu. Außerdem ist es nicht möglich, in jedem Einzelfall festzustellen, ob ein Käufer ausländische Zahlungsmittel besitzt. Nicht jeder Ausländer ist ein Valutariese, nicht jeder Inländer ein Markzwerg! Den einzig richtigen Weg weist die Konsumgenossenschaft: grundsätzliche Verhinderung von Hamsterkäufen durch Festlegung einer Höchstgrenze des freien Einkaufs. Wird außerdem von jedem einzelnen Disziplin und Solidarität geübt, so zwar, daß nichts gekauft wird, was über die Deckung des tatsächlichen Bedarfs hinausgeht, so wird dies am meisten dazu beitragen, daß die gegenwärtigen stürmischen Preisbewegungen einer ruhigeren Entwicklung Raum geben, wenn auch leider kein Anlaß vorliegt, die letztere optimistisch zu beurteilen.

Die Wahl des Vorstehers. Die bürgerliche Presse beschäftigt sich mit der Wahl des Vorstehers des neuen Stadtparlaments. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die S. P. D. als stärkste Fraktion mit Recht den Platz des ersten Vorstehers beansprucht und dafür die wenig glückliche Kandidatur des Vorstehenden ihrer Berliner

Organisation, Franz Krüger, aufgestellt hat. Eine ganz schlane Lokalcorrespondenz weiß zu berichten, daß Unabhängige diesen Vorsteher ablehnen würden. Wir stellen demgegenüber fest, daß die Fraktion der U. S. P. zur Frage der Vorsteherwahl noch nicht Stellung genommen hat.

Der Gipfel der Freiheit

Zum Prozeß gegen die Angestellten der „Victoria“

Der Landfriedensbruchprozeß gegen die Angestellten der „Victoria“ hat, wie wir berichtet haben, mit der Freisprechung der Angeklagten geendet. Insofern ist der Gerechtigkeit Genüge geschehen und dem gesunden Empfinden weitester Kreise der Bevölkerung Rechnung getragen worden. Nicht behaupten kann man das allerdings, wenn man bedenkt, daß es ein Hoju auf jedes Rechtsempfinden ist, daß dieser Prozeß überhaupt geführt werden konnte, beziehungsweise daß er nicht gegen die Schuldigen geführt wurde. Oder will man vielleicht behaupten, daß die Angestellten, die die im Keller der „Victoria“ aufgespeicherten Maschinengewehre unschädlich gemacht haben, schuldig sind, oder sind es nicht vielleicht diejenigen, die diese Mordwaffen zu durchsichtigen Zwecken herangeschafft und in Bereitschaft gehalten haben?

Die Direktion der „Victoria“ hat zum mindesten stillschweigend gebuhlet, daß dies in ihren Räumen geschehen konnte; es besteht aber die größte Wahrscheinlichkeit, daß sie eine unergleichlich aktivere Rolle dabei gespielt hat. Doch wie auch immer sich dies verhalten mag, die Tatsache besteht, daß die Gerichte der Republik nur dann funktionieren, wenn es gegen Arbeiter und Angestellte geht, den Hochverrätern und Banditen vom Schlage der Kapp, Jagow, Ehrhardt und den Angehörigen der verschiedenen Mördergeneralen gegenüber glatt verlagen. Das hat die Anstrengung dieses Prozesses, ebenso wie der Fahnenzauber von Dahme-Potsdam erneut bewiesen. Auch hier hat der Gerichtsapparat tadellos gearbeitet, weil die Hoffnung bestand, Proletariat zu inkusifizieren.

Wer aber glaubt, daß dies schon den Gipfel des Innismus bedeutet, ist im Irrtum. Der Geist, der hier am Werke ist, spielt noch ganz andere Stücke. Vor uns liegt eine Zuschrift des Betriebsrates der „Victoria“, aus der hervorgeht, daß die Direktion, in der unverhüllten Absicht, sich für den Freispruch der Angestellten zu rächen, diese

in der brutalsten Weise aufs Pflaster geworfen hat.

Es handelt sich um sieben Personen. Als diese Sieben gestern früh zum Dienst erschienen, wurden sie zur Direktion gerufen, wo ihnen von den Direktoren Ziegel, Riede und Tiedke folgendes eröffnet wurde:

„Da nunmehr gerichtlich festgestellt worden ist, daß Sie am 19. Dezember 19 während der Zerstörung der Maschinengewehre nicht an Ihrem Arbeitsplatz gearbeitet haben, betrachten Sie sich als entlassen. Wir werden unsere Klaffung vor allen Instanzen vertreten.“

Herr Direktor Ziegel wandte sich dann an die überraschten Angestellten, um zu der angedrohten Strafe der Arbeitslosigkeit

Eleganter Trikotjumper aus schmalgegrüner Kammwolle mit andersfarbiger Garnierung
198.-

Blauer Cheviotrock mit der so kleidsamen Faltenpartie
115.-

Flotter Strapsierrock mit den beliebtesten Plisséeschalen, aus schön gestreiften Ware
69.-

Entsüßender Wolljumper in hübsch. Farben u. moderner Aufmachung, genau wie Zeichnung
165.-

Praktisch und preiswert

Der moderne Jumper in Verbindung mit einem Faltenrock ist das beliebteste Kleidungsstück für den täglichen Gebrauch. Und weise ist daher — namentl. in Anbetracht unserer jetzt noch sehr niedrigen Preise —, wer sich hiermit frühzeitig versorgt.

C&A
Königsstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestraße
Beim Stettiner Bahnhof

nach den überlegenen Spott des fatten Kaplans zu fügen, indem er ihnen für den Spott, den sie der Diktation an jenem trüblichen Tage durch Zerstückung der Maschinengewehre geleistet hätten, dankte. In der Gerichtsverhandlung war nämlich festgestellt worden, daß die empörten Angestellten bei Auffindung der Maschinengewehre diese auf die Direktionsfenster gerichtet hatten, die Angestellten aber hatten, um Unheil zu vermeiden, die Waffen zerstört.)

Unter den in so empörender Weise aufs Pfaster geworfenen Angestellten befinden sich alte Leute, die bis zu 17 Jahren bei der „Victoria“ beschäftigt sind und Pension zu beanspruchen hätten.

Wir sind einigermaßen abgehärtet, aber das ist fast ausschließlich der Gipfel der Ironie.

Zimmerlin werden die Herren Direktoren bald bemerken, daß Ding Gegendruck erzeugt. Die Angestelltenchaft wird diesen Anschauungsunterricht verstehen und ganz gewiß nicht so, wie die Herren Direktoren ihn verstanden haben möchten.

Gegen das Steigen des Milchpreises

Da die Stadtverordnetenversammlung kaum vor Ende des Monats mit ihrer sachlichen Arbeit beginnen kann, hat die Unabhängige Stadtverordnetenfraktion dem Magistrat folgenden, ursprünglich für die Stadtverordnetenversammlung bestimmten Antrag eingereicht:

Infolge des fortwährenden Sinkens der Valuta steigt der Butterpreis von Tag zu Tag. Da sich der Milchpreis in Berlin nach den Vereinbarungen mit den Landwirten nach dem Butterpreis richtet, ist für November der Milchpreis auf 5 M. gestiegen. Für Dezember aber droht die Gefahr einer weiteren erheblichen Steigerung der Milchpreise.

Der Magistrat wird aufgefordert, mit dem Reichs- und Staatskommissar für Volksernährung sowie den Organisationen der Landwirte in Verbindung zu treten, um zu verhindern, die drohende weitere Steigerung der Milchpreise zu verhindern und an die Stelle der bisherigen, mit dem Sinken des Marktwertes steigenden Milchpreise einen festen, die Interessen der Verbraucher berücksichtigenden Milchpreis zu setzen.

Wie man zu einer Wohnung kommt

Wenn man nämlich Millionär ist

In der Straßsache gegen die beiden Architekten Albert Robert und Artur Stelmajz wegen Bestechung wurde gestern die Verhandlung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I fortgesetzt. Die Angeklagten sollten, wie bereits berichtet, als Angehörige des Wohnungsamtes dem schwedischen Millionär Christensen die Einweisung in eine 13-Zimmerwohnung verschafft haben, nachdem ihnen von dem Bevollmächtigten des Schweden eine hohe Belohnung in Aussicht gestellt worden war (zu deren Auszahlung es aber nicht gekommen ist) und nachdem sie mit dem Bevollmächtigten eine sehr üppige Weinfreizeit mitgemacht hatten, zu der sie eingeladen worden waren. Staatsanwalt Dr. Berliner hielt die Schuld der Angeklagten für erwiesen und beantragte gegen Robert 2 Jahre, gegen den nur unbedeutend beteiligten Stelmajz 1 Monat Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Sanger für Robert und Dr. Kurt Vincus für Stelmajz die Freisprechung beantragten.

Das Gericht kam zur Verurteilung des Robert wegen Bestechens gegen die Bestimmung vom 3. Mai 1917, durch die die bei Reichsbehörden usw. beschäftigten Personen persönliche

Vorteile nicht sich verschaffen lassen oder annehmen dürfen und auf die gewissenhafte Erfüllung zu verpflichten sind. Das Gericht bedauert durch den Mund des Vorsitzenden, daß das Wohnungsamt diese Verzeigung im Falle des Angeklagten Robert nicht sofort, sondern erst nach längerer Zeit vorgenommen hat. Das Gericht habe doch annehmen müssen, daß eine solche Behörde die Bestimmungen einer solchen Verordnung nicht mißachte, statt dessen sehe es, daß hier eine Art Sammelverpflichtung beliebt wurde. Die vorgelegte Liste könne unmöglich einen bestimmten Beweis für das Datum der Verpflichtung ergeben, trotzdem habe aber das Gericht aus bestimmten Momenten ersehen, daß die Angeklagten zur Zeit der Tat schon verpflichtet waren. Das Gericht sehe auf dem Standpunkt, daß Herr Christensen, ein Ausländer, der offenbar die schlechte deutsche Valuta ausnutzt und sich an dem Ausverkauf Deutschlands beteiligt, unmöglich auf die Zuweisung einer 13-Zimmerwohnung rechnen konnte; denn nicht jeder Käufer eines Hauses habe Anspruch auf die Zuweisung einer Wohnung, sondern es müsse erst geprüft werden, durch welche besonderen Verhältnisse diese Einweisung gerechtfertigt sei. Robert sei dem Christensen behilflich gewesen, wie der Gerichtshof annehme, unter Verletzung seiner Verpflichtung. Wenn das Gericht nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme auch nicht feststellen konnte, daß die behauptete Zahlung von 10.000 M. erfolgt ist, so ergibt sich doch aus dem Zeugnisse und aus den verschiedenen Unterhaltungen mit dem Vertreter des Christensen, daß Robert, der außerdem auch noch Grundstücksmittler war, persönliche Vorteile im Sinne des § 3 der Verordnung für die schnelle Gewährung der Einweisung erwartete.

Dem Angeklagten Stelmajz ist eine Schuld in keiner Beziehung nachgewiesen, er ist deshalb freigesprochen worden. Bei der Strafmaßung für Robert hat das Gericht die beschämende Tatsache, daß ein Schwede, der sein Geld mißbraucht hat, um sich hier vornehmlich anzukaufen und dann noch Andeutungen macht über die Beliebigkeit deutscher Beamten, als erschwerend angesehen. Unter Berücksichtigung mildernder Umstände hat das Gericht gegen Robert auf 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Unterjuchungshaft und 5000 M. Geldstrafe erkannt.

Die vorbildliche Tätigkeit der Wohnungsämter ist hier wieder einmal ins rechte Licht gerückt worden. Schade nur, daß den für Erscheinungen dieser Art verantwortlichen Stellen auch diesmal kein Härchen gekrümmt worden ist. Daß nicht diese, sondern immer nur die ziemlich weit nachgeordneten Stellen zur Rechenschaft gezogen werden, ist, so notwendig es ist, daß auch das letztere geschieht, in erster Reihe daran schuld, daß die Dinge nicht nur nicht besser, sondern womöglich noch schlechter werden, als sie ohnedies schon sind.

Schnitzers „Reigen“ vor Gericht

Das Kleine Schauspielhaus unter Anklage

Vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts III begann unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Brauhäuser die Verhandlung gegen die Direktoren Frau Eyzold und Stadel, den Regisseur Kengel und gegen zehn Schauspieler und Schauspielerinnen des Kleinen Schauspielhauses wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch die Darstellung des Schnitzers „Reigen“. Die Verhandlung findet im Schwurgerichtssaal statt, der sich bald mit zahlreichem Publikum, Zeugen und Sachverständigen füllt. Die Anklage wird durch Staatsanwaltschaftsrat v. Bradtke vertreten, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Wolfgang Heine, Justizrat Dr. Rosenberger und Rechtsanwalt Neumond.

Als Sachverständige sind vom Gericht Regierungsrat Professor Brunner und Geheimer Regierungsrat Professor Fahrenberger geladen worden. Von der Verteidigung sind als Sachverständige geladen Professor Dr. Wittkowski (Leipzig), Dr. Max Osborn, Landgerichtsdirektor Geheimer Justizrat Hof, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Vinbenau, Professor Kläber, Schriftsteller Ludwig Sternau, Regisseur Lindt, Oberregierungsrat Dr. Sulte, Regisseur Dr. Heim, Theaterdirektor Solander, Dr. Sadowski, Schriftsteller Artur Eißler, Dr. Alfred Kerr, Redakteur Hupfeld, Direktor Koblischek, Professor Pie, Gerhart Hauptmann, Schriftsteller Japp, Walter Karl, Justizrat Dr. Kubegowski, Dr. Ludwig Juba, Dr. Arthur Wolff, Kapellmeister Regowicz, Frau Trautz, M. d. M. und Minna Cauer.

Nach Ausruf der Zeugen und Sachverständigen gibt Rechtsanwalt Wolfgang Heine folgende Erklärung ab: Die Angeklagten erließen sich für das Gericht, die Zeugen und Sachverständigen eine Separatvorstellung des „Reigen“ im Kleinen Schauspielhaus zu veranlassen, da das Gericht dies für eine Führung größtenteils nicht gesehen hat. Wenn das Gericht dies beschließen würde, so würde sich die ganze Zeugenvernehmung zum größten Teil erübrigen.

Zwischen den Verteidigern und dem Angeklagten einerseits, und dem Gericht und dem Staatsanwalt andererseits entstehen nun längere Debatten über den Termin der Vorstellung. Als das Gericht dazu neigt, die Separatvorstellung am Sonntag, vormittags um 10 Uhr, stattfinden zu lassen, erklärt eine von der Staatsanwaltschaft als Zeugin geladene ältere Dame, daß sie dagegen protestieren müsse, daß der „Reigen“ am Sonntag während des Gottesdienstes in den Kirchen stattfindet. Hierdurch werde das religiöse Gefühl eines jeden Deutschen auf das tiefste verletzt. Sie selbst würde jedenfalls zu der Vorstellung nicht erscheinen. (Zuruf von der Anklagebank: „Gehen Sie lieber in die Kirche!“)

Rechtsanwalt Heine: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf folgendes hinweisen und einen Antrag stellen. Unter den hier erschienenen, von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen befinden sich mehrere, die an den bekannten Lärmjungen im Kleinen Schauspielhaus anlässlich der Reigen-Aufführung am 22. Februar beteiligt gewesen und sogar verhaftet worden waren. Ich bitte deshalb, die Akten des Polizeipräsidiums über diese Zeugen und diese Vorfälle herbeizuschaffen. Staatsanwalt v. Bradtke widerspricht diesem Antrage.

Dann beschließt das Gericht, heute mittag um 12 Uhr eine gerichtliche Augenheinnahme in Gestalt einer Separatvorstellung des „Reigen“ im Kleinen Schauspielhaus stattfinden zu lassen, zu der sämtliche Zeugen und Sachverständige unter Strafandrohung im Falle ihres Nichterscheinens geladen sind.

Staatsanwalt v. Bradtke stellt den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit. Rechtsanwalt Wolfgang Heine, ebenso der Angeklagte Stadel, widersprechen. Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, den Antrag des Staatsanwalts abzulehnen, da von einer öffentlichen Verhandlung eine Gefährdung der Sittlichkeit nicht zu erwarten ist. Es folgen dann die Vernehmungen der Angeklagten.

Kleines Schauspielhaus. Die heutige Sonntag-Nachmittagsvorstellung von Schnitzers „Reigen“ für die Mitglieder der Volksbühne muß aus technischen Gründen ausfallen.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Leo Dieckhoff, Berlin-Griehow; für den Anzeigenteil, Inhalt und Redaktion: H. Fahrenberger, Berlin; für den Anzeigenteil, Inhalt und Redaktion: H. Fahrenberger, Berlin; für den Anzeigenteil, Inhalt und Redaktion: H. Fahrenberger, Berlin.

In der Morgenstunde

- | | |
|---|--|
| *Untertailen mit Aermeln . . . M. 6 ⁰⁰ | Herren-Socken Woll, Fr. Qualität, schwere Ware . . . 10 ⁰⁰ |
| Ueberzieh-Jacken Kammstrick, für Dam., rein. Woll . . . 9 ⁰⁰ | Herren-Handschuhe für den Winter, sehrg. Ware M. . . 6 ⁰⁰ |
| Ueberzieh-Blusen m. lang. Aermeln, Woll, schwarz . . . 2 ⁰⁰ | Herren-Handschuhe Woll, gestr., sehr haltb. M. . . 8 ⁷⁰ |
| *Damenstrümpfe schwarz u. braun, sehr gut. Baumwollgewebe, mit verstellb. Spitze u. Farns M. . . 6 ⁰⁰ | Herren-Handschuhe Tricot, mit angewachtem Futter, sehr gute Qual. M. . . 1 ²⁰ |
| *Damenstrümpfe in Schwarz und Braun . . . M. 7 ⁰⁰ | Herren-Hosen in guter Qualität . . . 5 ⁵⁰ |
| Schlafdecken schwere gute Qualität 40 ⁰⁰ | Feldgraue Militärhosen . . . M. 12 ⁵⁰ |
| Vigogne-Jacken für Herren, Dam., sehr gute Qualität . . . 2 ¹⁰ | Militär-Drellhosen reinlein, 1. ganz vorzogl. Qualit. . . 5 ⁵⁰ |
| Herrenhemden Vigogne, sehr gute Qual. in all. Größen . . . 2 ⁷⁰ | Jünglings-Anzüge bestehend aus Joppe und Hose sehr haltbarer Stoff . . . M. 40, 30, 30 |
| Herren-Unterhosen festes, gutes Gewebe . . . M. 1 ²⁰ | Jünglings-Anzüge dreiteil., besteb. aus Jacke, Hose und Weste . . . M. 42 |
| Herren-Unterhosen Vigogne . . . M. 2 ⁶⁰ | *Herren-Westen gute, blaue, schwarze Ware m. Zanella-Arm . . . 2 ⁰⁰ |
| *Fliz- u. Stepphüte moderne Farben und Fassons M. . . 3 ⁶⁰ | Herren-Unterhosen in schwarzer, sehr haltbarer Qual. M. 1 ⁵⁰ , 1 ²⁵ |
| *Hosenträger in sehr guter Ausführung, dauerhaft . . . M. 7 ⁰⁰ | Schwarze Pilot-Anzüge für Eisenbahner geeignet . . . M. 1 ⁵⁰ |
| Schals für Herren und Damen, reine Woll und Kunstseide von M. . . 3 ⁰⁰ an | Winter-Anzüge aus engl. Leder, mit dicken Futter, für Land u. Feld, auch für Schotflöße geeignet von M. . . 2 ⁰⁰ an |
| Herren-Strickbinder in mod. Must. Kunstseide . . . 8 ⁵⁰ | Sport-Stutzen Woll, haltbare Qualität . . . M. 1 ⁷⁰ |
| Herren-Sportkragen Gestric. 35-38 M. 2 ⁵⁰ | Drellanzüge schwere, rein. Ware, gut verarbeitet. N. K. 110.00 . . . 9 ⁸⁰ |
| Herren-Socken gute Qualität . . . M. 4 ⁵⁰ | Gummi-Mäntel für Herren und Damen . . . M. 2 ⁰⁰ |
| Herren-Socken Woll, schwarz, gute Qualität . . . 7 ⁵⁰ | |
| Barchent-Decken als Schlafdecken und Laken verwendbar 140 x 190 Centim. groß, 1020-1040 Gramm schwer . . . 3 ⁶⁰ | |
| Feldgraue Röcke leicht und rüffel 3 ⁹⁰ | |
| Engl. Offiziersmäntel in besonderer Farbe, aus dicken, wasser- und winddichten Wolllast, mit wolleinem Leibfutter, für Jäger und Landwirte überaus geeignet . . . 5 ⁵⁰ | |

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29/30.

Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend. Anträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

Die mit * bezeichneten Sachen werden nur in beschränktem Umfange abgegeben und gelangen nicht zum Versand.

„Hausrat“ Gemeinnützige Ges. m. b. H. Schöneberg, Sachsendamm Nr. 44

In unserem Ausstellungslokal Berlin N, Müllerstraße 175, zeigen wir in komplett hergerichteten Räumen

einfache, zweckmäßige Möbel für 1- und 2-Zimmerwohnungen

Vom 25. Oktober bis 18. November Ausstellung von Musterzimmern u. Speisezimmern täglich von 10 bis 6 Uhr • Eintritt frei

Endparzellen

In Zeeßen, dicht am Ber. 10 Min. v. Bf., 19. a. 25.25. an, bei kleinerer Anzahlung verhandl. 21. Kofschke, Berlin S. 64, Rosenhäger Str. 35, Nach. 5002. 2-4. Sonntag (abreit) im Refektorium (Schulz, direkt am Bf. Königsplatz) 11.

Kaufhaus ANDERS am Bf., Wedding

Bestes Haus für Ausstellungsplatz

Herren-Damen-Garderoben Winter-Sommer

Pelz-Kragen mit Teilzahlung

Platin Gebisse

Gold- und Silber-Druck

besitzt höchstehendes Spezialwerk. 40 Linke. Fort. II 2

MÖBEL und Polsterwaren eigenes Fabrikat!

Spezialität: 1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen und einzelne Möbelstücke von festem Schönericht.

Wohnauswahl! Erprobte Zahlungsweise.

KREDITHAUS „ANDERS“ Dr. Hensler, 2. Hofpflanzl. Berlin-Charlottenburger Straße 11.

Korpulenz

übermäßigen Fettsinnig befreit auf unerschöpfliche Weise. Dr. Grassmann, Lieber 39 Jahre mit höchstem Erfolg. 1. Br. 11. 2. 11. 3. 11. 4. 11. 5. 11. 6. 11. 7. 11. 8. 11. 9. 11. 10. 11. 11. 11. 12. 11. 13. 11. 14. 11. 15. 11. 16. 11. 17. 11. 18. 11. 19. 11. 20. 11. 21. 11. 22. 11. 23. 11. 24. 11. 25. 11. 26. 11. 27. 11. 28. 11. 29. 11. 30. 11. 31. 11. 32. 11. 33. 11. 34. 11. 35. 11. 36. 11. 37. 11. 38. 11. 39. 11. 40. 11. 41. 11. 42. 11. 43. 11. 44. 11. 45. 11. 46. 11. 47. 11. 48. 11. 49. 11. 50. 11. 51. 11. 52. 11. 53. 11. 54. 11. 55. 11. 56. 11. 57. 11. 58. 11. 59. 11. 60. 11. 61. 11. 62. 11. 63. 11. 64. 11. 65. 11. 66. 11. 67. 11. 68. 11. 69. 11. 70. 11. 71. 11. 72. 11. 73. 11. 74. 11. 75. 11. 76. 11. 77. 11. 78. 11. 79. 11. 80. 11. 81. 11. 82. 11. 83. 11. 84. 11. 85. 11. 86. 11. 87. 11. 88. 11. 89. 11. 90. 11. 91. 11. 92. 11. 93. 11. 94. 11. 95. 11. 96. 11. 97. 11. 98. 11. 99. 11. 100. 11. 101. 11. 102. 11. 103. 11. 104. 11. 105. 11. 106. 11. 107. 11. 108. 11. 109. 11. 110. 11. 111. 11. 112. 11. 113. 11. 114. 11. 115. 11. 116. 11. 117. 11. 118. 11. 119. 11. 120. 11. 121. 11. 122. 11. 123. 11. 124. 11. 125. 11. 126. 11. 127. 11. 128. 11. 129. 11. 130. 11. 131. 11. 132. 11. 133. 11. 134. 11. 135. 11. 136. 11. 137. 11. 138. 11. 139. 11. 140. 11. 141. 11. 142. 11. 143. 11. 144. 11. 145. 11. 146. 11. 147. 11. 148. 11. 149. 11. 150. 11. 151. 11. 152. 11. 153. 11. 154. 11. 155. 11. 156. 11. 157. 11. 158. 11. 159. 11. 160. 11. 161. 11. 162. 11. 163. 11. 164. 11. 165. 11. 166. 11. 167. 11. 168. 11. 169. 11. 170. 11. 171. 11. 172. 11. 173. 11. 174. 11. 175. 11. 176. 11. 177. 11. 178. 11. 179. 11. 180. 11. 181. 11. 182. 11. 183. 11. 184. 11. 185. 11. 186. 11. 187. 11. 188. 11. 189. 11. 190. 11. 191. 11. 192. 11. 193. 11. 194. 11. 195. 11. 196. 11. 197. 11. 198. 11. 199. 11. 200. 11. 201. 11. 202. 11. 203. 11. 204. 11. 205. 11. 206. 11. 207. 11. 208. 11. 209. 11. 210. 11. 211. 11. 212. 11. 213. 11. 214. 11. 215. 11. 216. 11. 217. 11. 218. 11. 219. 11. 220. 11. 221. 11. 222. 11. 223. 11. 224. 11. 225. 11. 226. 11. 227. 11. 228. 11. 229. 11. 230. 11. 231. 11. 232. 11. 233. 11. 234. 11. 235. 11. 236. 11. 237. 11. 238. 11. 239. 11. 240. 11. 241. 11. 242. 11. 243. 11. 244. 11. 245. 11. 246. 11. 247. 11. 248. 11. 249. 11. 250. 11. 251. 11. 252. 11. 253. 11. 254. 11. 255. 11. 256. 11. 257. 11. 258. 11. 259. 11. 260. 11. 261. 11. 262. 11. 263. 11. 264. 11. 265. 11. 266. 11. 267. 11. 268. 11. 269. 11. 270. 11. 271. 11. 272. 11. 273. 11. 274. 11. 275. 11. 276. 11. 277. 11. 278. 11. 279. 11. 280. 11. 281. 11. 282. 11. 283. 11. 284. 11. 285. 11. 286. 11. 287. 11. 288. 11. 289. 11. 290. 11. 291. 11. 292. 11. 293. 11. 294. 11. 295. 11. 296. 11. 297. 11. 298. 11. 299. 11. 300. 11. 301. 11. 302. 11. 303. 11. 304. 11. 305. 11. 306. 11. 307. 11. 308. 11. 309. 11. 310. 11. 311. 11. 312. 11. 313. 11. 314. 11. 315. 11. 316. 11. 317. 11. 318. 11. 319. 11. 320. 11. 321. 11. 322. 11. 323. 11. 324. 11. 325. 11. 326. 11. 327. 11. 328. 11. 329. 11. 330. 11. 331. 11. 332. 11. 333. 11. 334. 11. 335. 11. 336. 11. 337. 11. 338. 11. 339. 11. 340. 11. 341. 11. 342. 11. 343. 11. 344. 11. 345. 11. 346. 11. 347. 11. 348. 11. 349. 11. 350. 11. 351. 11. 352. 11. 353. 11. 354. 11. 355. 11. 356. 11. 357. 11. 358. 11. 359. 11. 360. 11. 361. 11. 362. 11. 363. 11. 364. 11. 365. 11. 366. 11. 367. 11. 368. 11. 369. 11. 370. 11. 371. 11. 372. 11. 373. 11. 374. 11. 375. 11. 376. 11. 377. 11. 378. 11. 379. 11. 380. 11. 381. 11. 382. 11. 383. 11. 384. 11. 385. 11. 386. 11. 387. 11. 388. 11. 389. 11. 390. 11. 391. 11. 392. 11. 393. 11. 394. 11. 395. 11. 396. 11. 397. 11. 398. 11. 399. 11. 400. 11. 401. 11. 402. 11. 403. 11. 404. 11. 405. 11. 406. 11. 407. 11. 408. 11. 409. 11. 410. 11. 411. 11. 412. 11. 413. 11. 414. 11. 415. 11. 416. 11. 417. 11. 418. 11. 419. 11. 420. 11. 421. 11. 422. 11. 423. 11. 424. 11. 425. 11. 426. 11. 427. 11. 428. 11. 429. 11. 430. 11. 431. 11. 432. 11. 433. 11. 434. 11. 435. 11. 436. 11. 437. 11. 438. 11. 439. 11. 440. 11. 441. 11. 442. 11. 443. 11. 444. 11. 445. 11. 446. 11. 447. 11. 448. 11. 449. 11. 450. 11. 451. 11. 452. 11. 453. 11. 454. 11. 455. 11. 456. 11. 457. 11. 458. 11. 459. 11. 460. 11. 461. 11. 462. 11. 463. 11. 464. 11. 465. 11. 466. 11. 467. 11. 468. 11. 469. 11. 470. 11. 471. 11. 472. 11. 473. 11. 474. 11. 475. 11. 476. 11. 477. 11. 478. 11. 479. 11. 480. 11. 481. 11. 482. 11. 483. 11. 484. 11. 485. 11. 486. 11. 487. 11. 488. 11. 489. 11. 490. 11. 491. 11. 492. 11. 493. 11. 494. 11. 495. 11. 496. 11. 497. 11. 498. 11. 499. 11. 500. 11. 501. 11. 502. 11. 503. 11. 504. 11. 505. 11. 506. 11. 507. 11. 508. 11. 509. 11. 510. 11. 511. 11. 512. 11. 513. 11. 514. 11. 515. 11. 516. 11. 517. 11. 518. 11. 519. 11. 520. 11. 521. 11. 522. 11. 523. 11. 524. 11. 525. 11. 526. 11. 527. 11. 528. 11. 529. 11. 530. 11. 531. 11. 532. 11. 533. 11. 534. 11. 535. 11. 536. 11. 537. 11. 538. 11. 539. 11. 540. 11. 541. 11. 542. 11. 543. 11. 544. 11. 545. 11. 546. 11. 547. 11. 548. 11. 549. 11. 550. 11. 551. 11. 552. 11. 553. 11. 554. 11. 555. 11. 556. 11. 557. 11. 558. 11. 559. 11. 560. 11. 561. 11. 562. 11. 563. 11. 564. 11. 565. 11. 566. 11. 567. 11. 568. 11. 569. 11. 570. 11. 571. 11. 572. 11. 573. 11. 574. 11. 575. 11. 576. 11. 577. 11. 578. 11. 579. 11. 580. 11. 581. 11. 582. 11. 583. 11. 584. 11. 585. 11. 586. 11. 587. 11. 588. 11. 589. 11. 590. 11. 591. 11. 592. 11. 593. 11. 594. 11. 595. 11. 596. 11. 597. 11. 598. 11. 599. 11. 600. 11. 601. 11. 602. 11. 603. 11. 604. 11. 605. 11. 606. 11. 607. 11. 608. 11. 609. 11. 610. 11. 611. 11. 612. 11. 613. 11. 614. 11. 615. 11. 616. 11. 617. 11. 618. 11. 619. 11. 620. 11. 621. 11. 622. 11. 623. 11. 624. 11. 625. 11. 626. 11. 627. 11. 628. 11. 629. 11. 630. 11. 631. 11. 632. 11. 633. 11. 634. 11. 635. 11. 636. 11. 637. 11. 638. 11. 639. 11. 640. 11. 641. 11. 642. 11. 643. 11. 644. 11. 645. 11. 646. 11. 647. 11. 648. 11. 649. 11. 650. 11. 651. 11. 652. 11. 653. 11. 654. 11. 655. 11. 656. 11. 657. 11. 658. 11. 659. 11. 660. 11. 661. 11. 662. 11. 663. 11. 664. 11. 665. 11. 666. 11. 667. 11. 668. 11. 669. 11. 670. 11. 671. 11. 672. 11. 673. 11. 674. 11. 675. 11. 676. 11. 677. 11. 678. 11. 679. 11. 680. 11. 681. 11. 682. 11. 683. 11. 684. 11. 685. 11. 686. 11. 687. 11. 688. 11. 689. 11. 690. 11. 691. 11. 692. 11. 693. 11. 694. 11. 695. 11. 696. 11. 697. 11. 698. 11. 699. 11. 700. 11. 701. 11. 702. 11. 703. 11. 704. 11. 705. 11. 706. 11. 707. 11. 708. 11. 709. 11. 710. 11. 711. 11. 712. 11. 713. 11. 714. 11. 715. 11. 716. 11. 717. 11. 718. 11. 719. 11. 720. 11. 721. 11. 722. 11. 723. 11. 724. 11. 725. 11. 726. 11. 727. 11. 728. 11. 729. 11. 730. 11. 731. 11. 732. 11. 733. 11. 734. 11. 735. 11. 736. 11. 737. 11. 738. 11. 739. 11. 740. 11. 741. 11. 742. 11. 743. 11. 744. 11. 745. 11. 746. 11. 747. 11. 748. 11. 749. 11. 750. 11. 751. 11. 752. 11. 753. 11. 754. 11. 755. 11. 756. 11.